

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Samstag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Heft monatlich 2,50 Mark, vierteljährlich 7,50 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Sozialistischer Verlag für den Bezirk Halle-Merseburg, o. B. B. Halle, Lindenstraße 14.

Abonnementpreis 12 Pf. für den vom 6. März bis 31. April; 70 Pf. im Vierteljahr. Abonnenten sind zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 2300/2305. (Verl.-Nr. 21047) (Verl.-Nr. 22251) (Verl.-Nr. 21047) (Verl.-Nr. 22251) (Verl.-Nr. 21047) (Verl.-Nr. 22251) Halle. Postkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfach: Leipzig 1068 48. Adr. Red. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Dienstag, 21. Februar 1928

8. Jahrgang * Nr. 44

Die Massen marschieren!

Der Schiedspruch abgelehnt — Neue Verhandlungen — Trotz der Verbindlichkeit!

Glänzende Kampfdemonstration in Halle

Dem Ruf der Kommunistischen Partei, Bezirk Halle-Merseburg, an alle Werktätigen, in Halle eine Stunde vor Betriebschluss mit den streikenden Metallarbeitern gegen die Offensive der Trustbourgeoisie zu demonstrieren, waren gestern viele Tausende von Arbeitern gefolgt. Schon vor der angesetzten Zeit versammelten sich die streikenden Metallarbeiter in den Straßen um den Hallmarkt. Inzwischen kamen auch die Betriebsbelegschaften amarschierend, teils mit, teils ohne Wäpfe, mit roten Fahnen und Transparenten, um auf dem Platz Aufstellung zu nehmen. Schließlich war Platz und Nebenstraßen voller Menschen.

Genosse Max Labemann brandmarkte in scharfen Worten die Verhöhnung der Metallarbeiter durch den Schandschiedspruch, der unter der Arbeiterschaft eine große Erbitterung und Empörung hervorgerufen hat.

Die Metallarbeiter wissen aber auch, daß nur durch die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer, durch ihre infame Hege gegen die Gewerkschaftsopposition, gegen die kommunistische Presse und gegen die Unorganisierten ein solcher Schiedspruch zustande kam. Bei Anwendung einer revolutionären, von uns geforderten Kampfpolitik hätten die „Antäzner“ nicht gewagt, einen solchen Schandschiedspruch zu fällen.

Statt die Offensive gegen die Unternehmer zu führen, führten die Reformisten die Offensive gegen die eigene Kampffront. Sie bestanden gegen die Unterstützungaktion durch die ZAV, weil sie dadurch eine Zerspaltung der Kampffront und damit ein billiges Argument zur Abwägung des Kampfes erhalten wollten. Aber die Metallarbeiter stehen geschlossen wie am ersten Tage des Kampfes. Sie haben sich nicht durch die vielen Versuche zur Abwägung des Streiks, von welcher Seite sie auch kamen, beirren lassen.

Die mitteldeutschen Arbeiter, sowie die Arbeiterschaft des Reichs hat in einer

großartigen Sammel- und Unterstützungaktion dazu beigetragen, daß der Kampf miteiserner und geschlossener Disziplin durchgeführt worden ist. Das glänzende Ergebnis, das bisher einzig dastehend ist, ergibt sich aus Arbeitergroßen, manchmal den letzten. Das beweist die wärmste Anteilnahme der gesamten übrigen Arbeiterschaft an diesem Kampfe. Aus anderen Bezirken und anderen Ländern kommen ebenfalls Tausende von Marks für die mitteldeutschen Metallarbeiter.

Die Insubordination haben zum 22. Februar

die Generalaussperrung

angekündigt. Für die Metallarbeiter kann es nur eins geben: Ablehnung dieses Schiedspruches, der ein Hauktschlag ins Gesicht der kämpfenden Metallarbeiter ist. Verbreiterung der Front, Festhalten an der alten Forderung von 15 Pf. Stützung des Kampfes für kommende wirtschaftliche und politische Kämpfe. Die Wäpfe in Hamburg haben erneut gezeigt, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, unter Führung der Kommunistischen Partei den Schlag gegen sich abzuwehren, daß sie die Trustbourgeoisie und die Bürgerliedregierung zu Fall bringen will.

Mit einem Hoch auf den Kampfgeist der Metallarbeiter und auf die Kommunistische Partei formierten sich die Arbeiter, mindestens 7000 an der Zahl, zu einem großen Zug durch die Straßen der Stadt nach dem „Volkspark“. Unter Wäpfen von Kampfledern und Jurten mit: „Wir fordern Lohn und Brot!“, „Nieder mit dem Schlichtungsamt!“ „Hoch mit der Bürgerliedregierung!“ usw. marschierten die Arbeiter zum Entsetzen aller Spießer in einheitlicher und geschlossener Disziplin. Die Polizei verhielt sich diesmal im allgemeinen vernünftig.

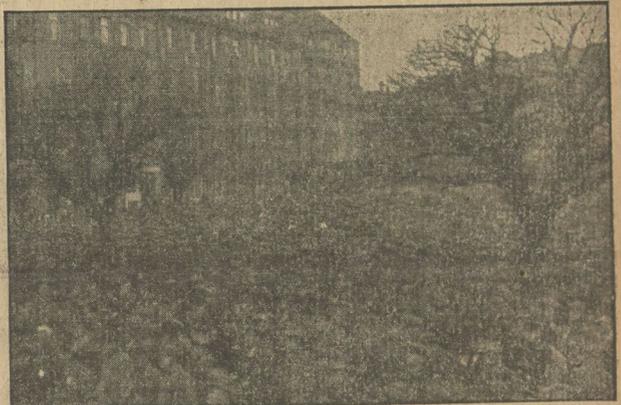
Die von der Ortsverwaltung des DMB zu heute vormittag einberufene Metallarbeiterversammlung war vollkommen überfüllt. Der Saal und die Galerie wurden vollständig besetzt. Mit zwei Reden eröffnete der Arbeiter-Sängerchor die Versammlung, in der der Kollege Böttich über den Schiedspruch berichtete. Die Anführer des Kollegen Böttich über den Schiedspruch berichtete, insbesondere über die Ziffern 7 und 8, die eine Einstellung nach „Betriebsmöglichkeit“ vorsehen. Mit wurden mit häßlichen Zwischenrufen entgegengenommen. Mit der Aufforderung, weiter im Kampfe zu verharren und einem Hoch auf die kämpfenden Metallarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Ein Blick auf die geistige Demonstration

Morgen neue Enthüllungen:

Direktor Osters Spitzelzentrale im Justizhaus Denna.

Waffenübungen der Neumburger Polizei mit der verbotenen Organisation Siegfried



Das Schanddokument

Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

1. Der Spitzellohn beträgt:

- Für Facharbeiter 80 Pf.
- Für angelernte Arbeiter 74 „
- Für ungelernete Arbeiter 67 „

Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis mit der Maßgabe, daß Beträge bis zu 0,5 Pf. nach unten, Beträge von mehr als 0,5 Pf. nach oben abgerundet werden.

2. Die Ausführlingsätze für Monteur erhöhen sich um 8 Prozent.

3. Die Gütereinzulage erhöht sich um 10 Prozent.

4. Die übrigen Zulagen erhöhen sich in demselben prozentualen Verhältnis wie der Stundenlohn.

5. Die am 14. Januar 1928 abgegangene Lohnliste wird wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß vom Tage der Wiederauf-

nahme der Arbeit ab die vorstehend vorgeschlagene Regelung in Kraft tritt.

6. Diese Regelung läuft bis zum weiteren; sie ist erstmalig mit vierschnittagiger Frist zum 31. Dezember 1928 fälligbar.

7. Die Arbeit ist baldmöglichst wieder aufzunehmen.

8. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind die Arbeitnehmer, sobald und soweit die Betriebsmöglichkeiten es gestatten, wieder einzustellen.

9. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Ausperrung finden nicht statt.

10. Die Wiedereröffnung bemerkt, daß die Arbeit als nicht unterbrochen im Sinne des Tarifvertrages gilt.

Gez.: Dr. Faulstich, Schlichter.

Abrazen — keine Laten

Die Bezirkskonferenz der Ortsverwaltungen des DMB, die gestern im „Volkspark“ tagte, nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am Montag, dem 20. Februar, in Halle tagende Bezirkskonferenz des DMB, erklärt nach Kenntnisnahme des am 18. Februar gefällten Schiedspruches denselben für unannehmbar. Er ist nicht nur bezüglich der Höhe der Zulagen unzulänglich, sondern auch in seiner Laufdauer untragbar. Im Hinblick auf die Schiedsrichter in seiner materiellen Auswirkung nicht anders zu werten als der am 12. Januar 1928 gefällte, da dieser eine kürzere Laufdauer hatte. Aus diesem Grunde hält die Konferenz es nicht für möglich, daß der Reichsarbeitsminister, nachdem er den ersten Schiedspruch nicht gebilligt hat, diesen für verbindlich erklärt. Eine Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruches wäre nicht nur intentionell, sondern auch in der Ausführung der Öffentlichkeit hinaus. Die Konferenz ersucht den Vorstand, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine eventuelle beabsichtigte Verbindlichkeitsklärung abzuwehren.“

Wenn wir zunächst den Schiedspruch betrachten, so müssen wir feststellen, daß die reformistischen Führer es nicht wagen konnten, für die Annahme dieses elenden Hungerdokumentes einzustimmen. Die Empörung der Metallarbeiter darüber ist einlagig zu erkennen. Ihre einstimmige Antwort darauf heißt: Ablehnen! Weiter kämpfen mit allen Mitteln!

Die Laufzeit des Tarifes geht bis zum 31. Dezember. Die 5 Pfennige gibt es nur für die Spitzelzentrale, die Monteur- und Gütereinzulagen sind genau so niedrig, wie im Schiedspruch vom 12. Januar vorgesehen. Und die Bestimmungen über die Wiedereinstellung der Arbeiter sind so gehalten, daß der Unternehmerrückgang der Arbeiter nur mit einem Wort verurteilt, diesen Schiedspruch schmachtlich zu machen, sie wären auch von der politischen Arbeiterschaft mit Schimpf und Schande bedroht worden. Die reformistischen Führer wählen

Eines der vielen Hunger-Doktrine

Ausperrungs-Auslöschung einer Apparaturbauanstalt in Leipzig-Plagwitz

Bekanntmachung!

Der Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller steht im Arbeitskampf. Zum Schutze der diesem Verband angeschlossenen Betriebe hat der Gesamtbund Deutscher Metallindustrieller

die gesamte Aussperrung

befohlen. Infolgedessen entlassen wir hiermit die bei uns befristeten Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Wirkung, daß das Arbeitsverhältnis

am Mittwoch, dem 22. Februar 1928

mit Arbeitschluss, spätestens 6 Uhr nachmittags endet, soweit nicht bereits früherer Arbeitschluss besteht. Von der Entlassung ausgenommen sind diejenigen Arbeiter, denen die Ausführung von Notstandsarbeiten übertragen ist, sowie die Mitglieder des Betriebsrates. Diese Arbeiter erhalten besondere Nachfrist. Die Entlassenen melden wir bei der Krankenkasse ab.

Abgangspapiere und Lohn Bünnen am Freitag, dem 24. Februar 1928, von nachmittags 3 Uhr an in Empfang genommen werden. Nicht abgeholt Lohn werden per Post überliefert.

Leipzig, den 17. Februar 1928
T. 3 Pg. Rd.

Kommunistischer Vorkampf — Sozialdemokratischer Stillstand

Nach den Hamburger Wahlen

Das Ergebnis der Hamburger Bürgergewahlwahlen ist von größter Bedeutung als Antwort der Massen in Hamburg auf die Koalitionspolitik der SPD, im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen und für die Beurteilung der Linksbewegung in Deutschland.

Zunächst die Hamburger Frage: Die bürgerlichen Parteien und die SPD hatten alle Energie darauf verwendet, den Vorkampf der Kommunisten aufzuhalten, der Partei, die den Bürgerlichen für eine vernünftige Niederlage beibringen. In den wenigen Wochen stand unsere Partei unter einem ähnlichen Trommelfeuer, wie in den letzten Tagen. Der bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront ist es aber nicht gelungen, ihr Ziel zu erreichen. Die kommunistische Partei hat im Gegenteil bei den Wahlen einen neuen Erfolg errungen. Unsere Partei, die vom Oktober 1924 bis zum Oktober 1927 ihre Stimmengruppe von 78 522 auf 110 115 erhöhte, muss geltend machen, dass sie auf neue 4108 Stimmen auf 114 223 Stimmen. Die SPD hat damit im Hamburger Proletariat, und das ist das Entscheidende, ihre Stellung unter den allergeringsten Verhältnissen verfestigt. Denn gleichzeitig verlor die Sozialdemokratische Partei nahezu 1000 Stimmen und drei Mandate. (Sie erhielt 246 630 Stimmen). Die SPD verlor verhältnismäßig am härtesten in den Hamburger Arbeiterkategorien; wenn sie überhaupt annähernd ihre Stimmengruppe vom Oktober halten konnte, so verdankt sie das vor allem den Wahlstimmen aus dem kleinbürgerlichen Lager. Das ist ein Urteil gegen die Koalitionspolitik, die die SPD nach dem Oktober-Wahltag in Hamburg getrieben hat.

Diese Koalitionspolitik war es, die — das muß gleichzeitig aus schärfer Verständnis werden — der bürgerlichen Mobilisierung zur geistigen Niederlage geführt hat. Unter den etwa 35 000 Wählern, die gestern mehr zur Wahl gebracht worden sind als im Oktober, konnte nur die SPD, 4000 Wähler für sich gewinnen. Die anderen fielen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zum Teil sogar den Wählern zu. Demokraten und Volkspartei hatten allerdings besondere Augenblicke. Die Demokraten marschierten mit ihrem Hamburger Oberbürgermeister Vetterlein an der Spitze in der Wahl auf. Dadurch wurde sicherlich der Erfolg vor allem begründet, und danach hat die Hamburger Demokraten um 2126 Stimmen die SPD überholt. Einem ähnlichen Erfolg auf das Maß der Niederlage dieser bürgerlichen Partei in ganz Deutschland zu. Aber er zeigt, wie die SPD, gerade die Hauptverantwortung für diese Niederlage trägt. In den offiziellen Hamburger Wahlaufschriften der SPD, wurde der Hamburger Oberbürgermeister Vetterlein ganz im Tone der anderen bürgerlichen Parteien als „unser Bürgermeister“ gepriesen. In den Aufrufen der SPD, die allezeit behaupten gegen die Kommunisten waren, fand kein Wort gegen die demokratische Partei.

In diesen Aufrufen fand weiter kein Wort gegen die Deutsche Volkspartei, und das entspricht ganz der Linie der SPD, auf die Große Koalition. Darum vor allem konnte neben den Demokraten auch die Deutsche Volkspartei in Hamburg 1114 Stimmen gewinnen, sie konnte sie gewinnen an einem Tage, da in den Werften der Hamburger Mitglieder der Deutschen Volkspartei schon die Ausperrungsbefehle hängen, die die Hamburger Arbeiter in wenigen Tagen auf die Straße werfen werden. Das ist ein Merkmal eines Symptom dieser Wahl, und gerade wir Kommunisten dürfen die Stärkung dieser gefährlichsten Partei des deutschen Bürgertums nicht verfehlen. Sie hat durch ihre Wähler in der Schlüsselfrage zweifellos auch vorübergehend besonders profitiert, und es ist kein Zufall, daß das in Hamburg abendliche schwache Zentrum von seinen 10 199 Wählern am 7. Oktober gestern noch 806 verloren hat.

Eine neue vernichtende Niederlage erlebten in Hamburg die Deutschnationalen. Sie, die von der Reichstagswahl im Dezember 1924 mit 136 510 Stimmen auf 99 890 Stimmen im Oktober 1927 zusammengelassen waren, haben leichter als neue 5899 Stimmen verloren. Sie zählen trotz der fast 5 Prozent gezeigten Wahlbeteiligung nur noch 64 030 Wähler.

Der Erfolg von Demokraten und Volkspartei und die Verstärkung der Wählern ist vor sich gegangen vor allem aus der „Mittelstandspartei“. Wirtschaftspartei und Arbeiterpartei haben zusammen über 8000 Stimmen verloren, und das zeigt, daß es der großbürgerlichen Mobilisierung gelungen ist, auch hier den Koalitionspolitiker der SPD, einen großen Teil der schwächsten Mittelstufen, die sich bereits in Wahlen von den großbürgerlichen Parteien abgewandt hatten, wieder zurückzuführen. Die Regeneration der linken großbürgerlichen Parteien hat auch die Splittergruppen vollständig erdrückt. Die größte Stimmengruppe erreichte eine Liste „Beamte und Angestellte“ mit 1601 Stimmen, den Reform nach unten führt die „Republikanische Partei“ mit ganzen 115 Stimmen.

Ungeachtet dessen die Arbeiter, das das Sektiererwerden in Deutschland ausgeprägt hat. Ganze 666 Stimmen erhielt die USF, und die ultrakommunistische Koalition, von Arbeitslosen, Antiquarier, Antiquarier und Syndikalistischen bedient, trug insgesamt 74, ja noch, sieben Hunderten und vierzig Stimmen zusammen! Das ist eine Antwort auf die Agitation des Moskauer und Korinthischen, dieser lächerlichen Marx des Trotschismus.

Das kennzeichnet diese Wahl: Großbürgerliche Mobilisierung und Koalitionspolitik der SPD, haben einen Teil der Linkenstimmung und die weitere parlamentarische Zerlegung des Bürgerbündnis aufzuhalten vermocht. Gegen zusammen 285 534 bürgerliche Gesamtstimmen und 76 Mandate gestern 302 752 Stimmen und 73 Mandate. Nur der stärkste Flügel der Linksbewegung konnte nicht aufgehalten werden. Die SPD, regniert, die Mittelstandsgruppierungen fallen zusammen, nur die Kommunisten marschieren. Das ist der Beginn der Klärung der Linksbewegung, die bisher der SPD zum Teil für die Kommunisten genutzt hatte. Dieses Ergebnis hat die allergrößte Bedeutung für die Entwicklung im ganzen Reich, die die Kräfte der Arbeiter, das es nur eine Kraft gibt, die die Kräfte der heute gesplitterten Arbeiterkräfte sammelt, das ist die kommunistische Partei. Mit der vertriebenen Koalitionspolitik dagegen, die die Sozialdemokraten betreiben, führt man nur den Bürgerbündnis. Im Bürgerbündnis selbst verfehlt sich zwar das Schwergewicht vom deutschnationalen Flügel zur Deutschen Volkspartei. Unter der Führung dieser Partei aber wird der Bürgerbündnis unter den Bedingungen, die heute der Entfaltung des deutschen Imperialismus gestellt sind, nur gefährdet.

Nur diese Lehren dürfen die Arbeiter aus den Hamburger Wahlen ziehen. In Hamburg besteht auch nach dieser Wahl eine große Mehrheit von SPD und SPD. Nach dem Ausgang der Wahl werden die Arbeiter gefordert haben, daß die Mehrheit für die Arbeiter nur ausgenutzt werden kann, wenn jedem Verweigerer der SPD, auf neue Koalitionspolitik zu treiben, von den Arbeitern mit aller Macht entgegengetreten wird. Die kommunistische Partei

Fort mit dem Bettelpfennigschiedspruch!

Die Metallarbeiterkonferenz lehnt ab — Sie beschließt aber keine kampferhörenden Maßnahmen

(Fortsetzung von Seite 1)

entlassen ihrer ursprünglichen Würdigen den geschicktesten Weg und in diesen Zusammenhang muß auch ein hinterlistiges Manöver der „Holländischen Arbeiter“ niedriger gehängt werden. Demgegenüber erklärt man dort im gleichen Kommentar zum Schiedspruch, daß die Vermittlung bereit ist, „daß bis morgen (Dienstag) und prompt hängt man an den Schluß dieses Kommentars in der Form einer Mahnerung den Satz, daß

„in den betroffenen Betrieben am Mittwoch früh die Einstellung von Arbeitern erfolgt, sobald die Verbandsmitglieder es zulassen.“

Dieser Satz des „neutralen“ Generalsekretärs kann nur den Zweck haben, die Streikfront zu zerlegen, die leider noch große Zahl der Arbeiter dieser Schmierbücherei irreführten. Einzelnen wird darauf allerdings genau so wenig ein im Kampf stehender Protest gelehrt, wie das bei allen bisherigen Manövern der bürgerlichen Presse geschehen ist.

Die Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat also in dem Willen der Streikfront die Rechnung getragen, wenn sie den gestellten Schiedspruch für unannehmbar erklärte. Aber das war nicht nur ihre Aufgabe.

Sie mußte ganz konkrete Kampfentschlüsse fassen und erklären, mit welchen Mitteln der Kampf gegen die Verbindlichkeit weitergeführt werden muß.

Da genügt es nicht, wenn man in der SPD-Presse schreibt: „Die Enttätigung ist auch in den geschäftigen Kreisen der Metallarbeiterschaft so groß, daß die entlassenen Arbeiter keine Arbeit finden, auch im Falle einer Verbindlichkeitsklärung den Kampf fortzusetzen.“

Da im Falle der Fortführung des Kampfes gegen die Verbindlichkeitsklärung die Gewerkschaft wegen Antrages um Arbeitsplätze gemacht werden kann, erklärt man auf der Konferenz nicht, mit welchen Mitteln man dieser Schlinge des Gesetzes ausweichen will. Offen zu erklären, wir pfeifen auf die Verbindlichkeit und es auf den sich einmündenden Arbeitern-Gewerkschaften nicht erwarten, Ziel schimmer als der Mangel an politischer Konsequenz in dieser Frage ist das vollkommene Versagen der Bezirkskonferenz in Bezug auf die Ausarbeitung eines Kampfprogrammes zur verhängnisvollen Durchführung des Schiedspruchs. Das, was in der Resolution gesagt wird, ist nichts als oberflächliche Phrasen.

Wo ist der Appell an die UGS? Wo ist die Forderung nach dem Massenstreik gegen die Ausperrung der lebenswichtigen Industriezweige, deren Stilllegung vom Metallarbeiterverband und dem UGS, geschloß durchgehelt werden muß? Wo ist der Plan, Bergbau, Eisenbahnen, Chemiebetriebe usw. in ihren der Unternehmern entscheidende Schläge zu versetzen? Wo ist die Organisierung von Massen demonstrieren und Protestaufmärschen? Wo ist schließlich auch der Beschluß, die Unternehmern, die trotz Not und Hunger nun ebenfalls schon über fünf Wochen gekämpft haben, durch den Verband zu unterstützen? Wo ist die Zusammenfassung der Hege gegen die UGS, und eine Sammelaktion für die Solidarisation der Metallarbeiter der Konvention?

Es muß nun endlich Schluß gemacht werden mit den profanen Entschlüssen! Es gilt zu handeln! Es gilt den Unternehmern die Initiative aus der Hand zu nehmen. Der Angriff ist die beste Verteidigung.

Genau wird zwar noch einmal verhandelt. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß es in neuer Schiedspruch gefaßt wird, der vielleicht noch einen Verbindlichkeitsklärung enthält, der heute gleich, wie das kommt, eine Verbindlichkeitsklärung wird heute lächerlich verurteilt werden. Der Reichsarbeitsminister wird und kann „im öffentlichen Interesse“, d. h. im Interesse des Bürgerbündnis, der Arbeitergewerkschaft, den Schiedspruch für verbindlich erklären. Und er wird auf die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe und nicht zuletzt auf die kommenden bürgerlichen Kampfe händig mehr erheben politische Atmosphäre hineinleiten, wird erklären, daß der Streikverbot jetzt noch viel notwendig ist als zu irgendeiner anderen Zeit. Falls ja noch ein Vermerk ausgelegt wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Unternehmern dann den Schiedspruch annehmen, dem sich der Verbindlichkeitsklärung beugen. Aber auch diese Haltung würde einen glatten Verrat an den Interessen der wertvollen Massen, eine Kapitulation vor den Interessen des Ausbeuterpaars, bedeuten.

Wenn wir die Zeitungen der Bourgeoisie verfolgen, so grinst aus ihnen die blasse Furcht vor der drohenden Beschränkung der UGS in den Beziehungen. Umgekehrt wächst in den Betrieben die Kampfmunition von Tag zu Tag immer mehr. Die Arbeiterklasse brennt förmlich darauf, endlich Generalstreik zu halten mit dem Ausbeuterpaar. Das ein glühendes Wahlergebnis für die SPD, keine wirtschaftliche Abwertung der SPD, die in Wahlen erzwungen Positionen durch Koalitionspolitik für Ministerstellen an die Bourgeoisie verlor. Das Hamburger Wahlergebnis war ein glänzender Beweis für die Abwehr der Arbeitermassen von dieser verwerflichen Koalitionspolitik, die dem Willen nach nichts anderes ist als auch eine Politik im Interesse der Bourgeoisie. Wenn die Reformisten versuchen sollten, den Kampf mit der Demille „Aber die UGS ist in einem Zustand der Wahlen!“ abzubringen, dann müssen sie in Mittelstandslager auf Antworten aus Betrieb und Gewerkschaft stoßen, die ihnen für immer ihr Spiel der Halbheiten, der Kompromisse mit dem Bürgerbündnis, der Kapitulation vor dem kapitalistischen Staat, unmöglich machen.

Jetzt ist die Stunde der Entscheidung gekommen. In welcher Form weiterzukämpfen ist die Parole. Keine Notwendigkeit mehr, heraus zu den Protesten in Leuna, in Geiseltal, in Bitterfeld-Wespenfeld. Eine Front mit den Bau- und Holzarbeitern, die Eisenbahner, die Verkehrs- und Transportarbeiter hängen auch. Hinein mit ihnen in die Kampffront!

Gegen die Ausperrung der 800 000 — der Massenstreik des gesamten deutschen Proletariats.

Arbeiterhöhung brauchen wir alle. Und der Arbeiterkudenda muß jetzt gefordert und erkämpft werden. Die Bourgeoisie hat uns mit der Ausperrungsaktion den Forderungshandlung vor die Füße geworfen. Wohlan! Wir nehmen den Kampf auf! Mit allen Mitteln geführt, bringt er den Sieg. Wer zögert, hilft dem Feind. Wer lüchelt und nicht handelt, vertritt die Zeit, leistet dem Gegner Vorhilfe. Jetzt gilt es! Heraus gegen Unternehmern, gegen die UGS und Hungerprogramm, für die Forderungen der revolutionären Arbeiterfront! Unter diesen Forderungen: Auf zum Kampf!

Die Streikverschärfung im nordwestböhmischem Bergbau

(WTA) Prag, 20. Februar.

Die politische Bezirksverwaltung Prag hat heute nachmittag von den Kommunisten um Beginn des Streikes im nordwestböhmischem Bergbau gebildet. Die Aktion ist ein „Mittelstandspartei“ in Prag aufgeführt. Nach dem Bergbau, das gestern abend in Oberleutensdorf Arbeitslosigkeit für den Streikentscheid (2) von einer großen Menge von Frauen und Männern angehalten und mit Steinen beworfen wurden und daß auf dem Foto-Schicht erneut eine Verammlung demonstrierender Frauen gegen die Sicherheitsmannschaften eine drohende Haltung einnahm. Wie die Arbeiter warden, wurden die Kohlenwerke in den Lagern der Bergwerke beschlagnahmt unter Sperre gesetzt, damit durch diese Schritte gegebenenfalls die Besorgung der öffentlichen Zustände durchgeföhrt werden kann.

Kommunistenhege statt Klassenkampf

(Eg. Draht.) Prag, 21. Februar.

Der böhmische Bergarbeiterstreik geht ruhig und geschloßen weiter. Zwischen den deutschen Sozialdemokraten entfallen eine spanische Hege gegen die kommunistischen Arbeiter, die

in Resolutionen dafür beschloß und verächtlich gemacht werden, weil sie ohne Erlaubnis und gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaften für die Verhängung des Kampfes und für die Beweigerung der Arbeiterfront in der UGS und für die Spitze der kämpfenden Arbeiterfront. (Gleichzeitig verhalten die Sozialdemokraten an allen möglichen Konferenzen Vertrauensresolutionen für die reformistischen Führer durchzuführen.)

Keine Lebensmittelrationierung in Moskau

(WTA) Moskau, 20. Februar.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß die Maßnahmen von einer Rationalisierung der Lebensmittel und die Einführung von Lebensmittelkarten in Moskau vollkommen aus der Luft gegriffen sind.

Der Wahlkampf in Polen wird außerordentlich scharf geführt. In Warschau kam es anlässlich einer Verammlung des nationalen Widerstandsbundes zu einer Revoluzzerdehrei. Auch die kommunistischen Verammlungen haben unter dem härtesten Terror zu leiden.

wird nach der glänzenden Befähigung ihrer Politik ebenso wie nach dem Oktober der Hamburger Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten, zu setzen, ob sie entschloßen, das verhängnisvolle Spiel fortzusetzen oder ob sie genützt ist, dem Willen der Massen zu folgen, die jetzt besser erkennen werden, wohin sie die Koalitionspolitik der SPD-Führung bringt.

Kampfdemonstration auch in Delitzsch

Am Montag, dem 20. Februar, fand in Delitzsch eine Demonstration aller streikenden und erwerbslosen Metallarbeiter statt. Um 10 Uhr wurde ungefähr 300 bis 350 Arbeiter teilgenommen. Das ist für diese Verhältnisse sehr gut. Der Genosse Gehardt ging in seinem Referat ausführlich auf die Streiklage ein. Die Mitteilung, daß ein Schloß in Delitzsch am 17. Februar gefaßt worden ist, wurde mit erregten Protestrufen von der Masse beantwortet. An der Kundgebung nahmen zum großen Teile auch unorganisierte Kollegen teil. Eine Genossin der sozialistischen Jugend aus Leipzig trug ein Gebot vor, das zur Einigkeit anforderte. Diese Anforderung wurde mit großer

Die Hamburger Metallarbeiter demonstrieren

(Eg. Draht.) Hamburg, 21. Februar.

Die kommunistische Partei rief gestern abend die Metallarbeiter von Hamburg zu einer Protestkundgebung gegen die Unternehmernbetriebe der Metallindustrie und gleichzeitig zur Solidaritätskundgebung für die mittelständlichen Metallarbeiter auf. Etwa 7000 Kollegen marschierten auf dem Seilgasse-Gelände auf und sprachen den kämpfenden mittelständlichen Metallarbeitern ihre vollste Sympathie und Solidarität aus.

Abbrüstungsvorschlag der Sowjetunion

(WTA) Genf, 20. Februar.

Die Sowjetregierung hat durch Vermittlung ihres für die Tagung des Sicherheitsrates nach Genf entsandten Beobachters Konstantinoff über die allgemeine und vollständige Abrüstung überredeten lassen. Der Konventionentwurf ist auf den programmatischen Erklärungen aufgebaut, die die Sowjetdelegation bei der letzten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses Ende November des vorigen Jahres abgegeben hat, und von einer Note begleitet, die von Konstantinoff, dem damaligen Führer der Sowjetdelegation, unterzeichnet ist.

Die Londoner Film-Zensurbehörde hat die Genehmigung zur Veröffentlichung des Cavell-Films verweigert.

Neue Verhandlungen!

Berlin, 20. Februar.

Im Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu einer unerbundenen Ausprägung über eine etwaige Verbindlichkeitsklärung des am 18. Februar gefaßten Schiedspruchs zum 21. Februar, vor mittags 10 Uhr, eingeladen.

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Im Glavnjatscha-Gefängnis von Belgrad

Von Kosta Nowakowitsch

Es entspann sich ein lebhaftes Gespräch über die Arbeit in der Freiheit. Bald machten wir uns an einen Brief. Meinen wohlverborgenen Bleistift habe ich aus meinem Versteck hervorgeholt und gegen Abend war der Brief fertig. Wir unterhielten uns flüchtig und hatten ganz vergessen, wo wir uns befanden. Die Genossen zeigten mir Spuren unlängst erduldeten Folterungen. In Nummer Wau blühen die Säulen. Blühlich wurde die Stelle von verzweifelten Schreien und von Kolbenschlägen unterdrückt. Etwas Schmerzes fiel nieder und riefte die Treppe hinauf, nicht weit vor unserer Tür. Der Schrei verlor sich irgendwo am Ende des Korridors, beim Zimmer des Gefängnisleiters. Im Laufe des Tages wiederholte sich mehrmals dieses Geräusch die Treppe hinunterfolgender, flüchtig geflügelter Gefangener. Rotes Fluchen und Schreie erschollten den ganzen Tag im Korridor. Blühlich öffnete jemand noch Korridor aus der Tür unseres gußeisernen Flurs, gleichseitig ließ sich aus dem Flur ein dünnes Stimmchen wie das Weinen eines Kindes, vernehmen. Wir erstarrten ein kleines Weinen, das, getrimmt, mit dem Sinn an die Knie gepreßt, dahle. Es war ein kleiner Junge. Wir fanden ein Kind im Flur und begannen, ihm durch das Gitter kleine Süßigkeiten Brot zuzuführen. Dann machten wir aus Panzer einen Trichter und gossen mit dessen Hilfe dem kleinen Dalber Trinkt Wasser ein. Das unglückliche Kind mußte in diesem Flur vier Tage lang liegen. Manchmal hielt man Menschen wochenlang im Flur gefangen. Nicht selten warfen die Gefangenenermäurer brennende rote Kaputtalotten in den Flur, dem darin Gefangenen unerträgliche Qualen zufügend.

Ein Gendarm und Detektiv führte mich „nach unten“. Zuerst wurde ich einer sorgfältigen Verlesung unterzogen, dann kam die „Glavnjatscha“. Als ich in das Zimmer des Gefängnisleiters trat, traf ich dort zwei Gefangene vor, welche dem Gendarmen mit Säulen und Knien bearbeitet wurden. Bei meinem Erscheinen hielten die Gendarmen einen Augenblick inne. Auch die verhaltenen Schreie hörten auf, die ich gehört hatte, als ich mich noch im dunklen Korridor befand. Zwei unglückliche Menschen blickten mich an. Auf dem Hals hatten sie rote Streifen, ihre Heberbälbe aufgerissenen Augen und geschwollene blaue Nadel entstellten ihre Gesichtszüge. Ich wurde weggeführt und eingeschlossen.

Ich befand mich in einem alten türkischen Gefängnis, das einst ein Gefängnis gewesen, ein schmuggeltes Gebäude und Herd anstehender Krankheiten. Etwas schmuggeltes als die Belgrader Gefängnisse kann man sich gar nicht vorstellen. Ich sitze durch die Glavnjatscha, die berühmte Glavnjatscha, die mit ihrem graulichen Straßensplatz alle Gefängnisse Spaniens, die französischen Festungsgefängnisse und die Katakomben der Peter-Paulus-Festung übertrumpft hat. Die Glavnjatscha ist überfüllt. Ich sah eine Menge nader, schmuggelnder Leiber, die auf dem Grunde dieses schrecklichen Loches verfaulen. Alle saßen eng aneinandergedrückt. Auf einer Tür war eine Tafel mit der Ziffer 153 beschriftet. Das war die Zahl der Gefangenen in dieser Zelle. „Aberwacht“, sagte der Gefängniswärter und führte mich zu den anderen Zellen.

Endlich kam ich an eine zementierte Zelle, wo sich 20 Mann befanden. Darunter waren drei mit sehr gut bekannte Genossen.

Frauen haben in diesem Gefängnis besonders schwer zu leiden. In einer kleinen Zelle werden sie zu 60 gehalten. Eine von ihnen hatte sich irgendeine Woll verfertigt und es getrunken, um ihren Leiden ein Ende zu machen. Selbstmorde sind in diesen Gefängnissen überhaupt eine Alltagserscheinung. Endlich ging der Gefängnisleiter zum Abendessen und im Gang trat Stelle ein. Aus der Frauenzelle erscholl plötzliches gedämpfter Gelächter. Die Frauen mußten schwer dafür büßen. Die „Götter“ waren über das verlorne Abendessen wütend. Und die Weisigen spazierten auf dem Rücken an diesem Abend länger als sonst. Endlich begannen wir uns zur Nachtruhe vorzubereiten. Eng aneinandergedrückt, nahmen die fast nackten Leiber den ganzen Boden ein. Für einen war kein Platz vorhanden. Er mußte die ganze Nacht beim Wollbüß liegen, dafür durfte er am Tag auf den Britischen schlafen.

Das Gefängnis verankert in tieferen ermittelnden Schließ. Die Zahlen veränderte. Während das eine nur noch als Leiche geborgen werden konnte, fand das andere bald nach seiner Befreiung aus dem Sandmassen.

Neues aus aller Welt

Das Urteil im Kranz-Prozess

Im Steglitzer Schillerprozess wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Paul Kranz wurde wegen verbotenen Waffenbesitzes zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Strafe wird auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Bei Begründung des Urteils gegen Kranz betonte der Vorsitzende, daß der Angeklagte, von dem Bedacht der Zeit des gemeinlichen Totschlages keineswegs frei gemorden sei und daß er lediglich wegen mangelnder Beweise hätte freigesprochen werden müssen. Zum Strafmäßig wurde unerlaubten Waffenbesitzes führte der Vorsitzende aus, es habe auf Gefängnisstrafe erkannt werden müssen, weil durch den Waffenbesitz und das leichfertige Fortgeben der Waffe an einen Fremden eine entsetzliche Tat geschehen ist. Strafmäßig wird die Jugend des Angeklagten in Betracht gezogen worden. Die Kosten des Verfahrens seien, soweit Freisprechung erfolgt sei, der Staatskasse zur Last gelegt worden.

Dieses „Urteil“ stellt eine ungeheure Blamage der deutschen Justiz dar. Was ist das für ein Urteil, das die intimen Vorgänge und die Erregungen einer im Pubertätsalter befindlichen junger Menschen durch die Öffentlichkeit preisgibt. Nicht diese jungen Menschen standen dort als Angeklagte in Moabit, sondern eine moralische, vernünftige Gesellschaftsordnung hat sich in diesem Prozess entzündet. Die Freisprechung von Paul Kranz ist gleichbedeutend mit dem Schuldblick über die bürgerliche Gesellschaft — einseitig ihrer Justiz.

Schwere Meuterei in der Stranfskatt Zegel

Im Zegel Gefängnis brach gestern Abend laut „Zegelblatt“ eine schwere Meuterei aus. Aufsteigend auf Gerüchten über die Verhaftung der Inhaftierten der Gemeinheitszellen des Hauses III, in dem schwere Verbrecher untergebracht sind, gemeinsam aus den Zellen aus und fielen über die Wächter her. Es gelang den Beamten jedoch, die Gefangenen in ihre Zellen zurückzutreiben. Es kam zu einem Sandgemenge, bei dem mehrere Beamte erheblich verletzt wurden. Erst spät in der Nacht war es möglich, die Ruhe wieder herzustellen.

300 Menschen ertranken

Der chinesische Dampfer Hsin-tang ist in der Nacht zu Sonnabend in der Nähe von Tsingtau mit dem japanischen Dampfer Wakamatsu zusammengestoßen. Nach den vorliegenden Berichten sollen 300 Chinesen ertrunken sein.

Fasching in München

Bei dem am gestrigen Faschingsmontag nach Pfingstlicher Karneval von dem Rathaus wieder abgehaltenen historischen Meßgerprang kam es an mehreren Stellen zu Zusammenstößen der Polizei mit der ungeheuren Zuschauermenge, die sich auf dem Marienplatz und den umliegenden Straßen fand. Nach Mitteilung der Polizeidirektion sind der Fasching von reaktionären faschingshaften Bürgern aus, unter denen sich auch Kommunisten befanden. Die Polizei mußte zum Gummihüpfen Gebrauch machen und nahm mehrere Verhaftungen vor. Der Fasching der Meßgerprang konnte infolge der wachsenden Erregung der Massen nicht zu Ende geführt werden. Die Sanitätskommissionen machten aus dem Fasching Getränke unter eigener Lebensgefahr 174 Personen heraus, von denen 30 schwere Ohnmachtsfälle erlitten hatten.

Zwei Kinder tödlich verunglückt

In Werden wurden beim Spielen an einem Sandberg durch plötzlich einfallende Sandmassen zwei Kinder im Alter von zwei und

Raddelbootunglück

Zwei Schiffer der Kolonialschiffe Wittenhausen, die am Sonnabend mit einem Raddelboot die Werra aufwärts fuhren, kenterten beim Wenden infolge des starken Stromes und stürzten ins Wasser. Der eine konnte sich an Land retten, während der zweite ertrank.

Im Streit erschossen

In dem Handelshaus Neue Schleiße hat der Schiffer Wira den 23. Jahrt alten Mechaniker Krumm im Anlauf an einen Wirtshausstreit erschossen.

Flieger Hinkler auf dem Luftwege nach Batavia

Der englische Flieger Hinkler, der ohne Begleitung von England nach Australien unterwegs ist, ist in Singapur zum Flug nach Batavia gestartet.

Arbeiter-Radio-Ecke

Bericht über den Kongress des Arbeiter-Radio-Bundes (Dänemarks)

Neulich hat der dänische Arbeiterverband seinen 2. Kongress abgehalten. Er tagte in Kopenhagen und war von 100 Delegierten und zahlreichen Gästen, darunter Vertretern für die Sozialdemokratische Partei, die dänische Zentralorganisation und die fornerische Zentralorganisation und den Sozialdemokratischen Jugendverband besucht. Der Bericht wurde von den Vorsitzenden, A. u. d. B. Jensen, gehalten. In seinen Ausführungen teilte er mit, daß der Verband im August 1920 mit 8 Abteilungen gegründet wurde. Die Entwidlung ist sehr fortgewendet und der Verband zählt jetzt 60 Abteilungen mit 6000 bis 7000 Mitgliedern. Es wurde sehr intensiv gearbeitet, um das offizielle Programm zu beeinflussen und zu verändern, daß die Sendungen ausschließlich bürgerlichen Charakters würden. Der Verband ist auch sehr tätig dabei gewesen, daß die Sendebestellungen so schrittweise und hart ausgebaut, daß man fast überall Kristall-Detektor-Apparate benutzen kann. In den Abteilungen wurden zahlreiche Vorträge, Kurse, technische Fragestunden und Ausstellungen veranstaltet. Dem Bericht folgte eine lebhaft Diskussion. Es wurde beschlossen, daß der Verband sich mit der K. u. u. s. l. i. n. z. e. s. a. m. i. t. befassen solle. Ein Begrüßungsprogramm vom dem dänischen Arbeiterverband wurde mit großem Beifall empfangen. Der zweite Vorsitzende, Peder Norgaard, berichtete über die sehr wichtige Frage des wöchentlichen Verbandsorgans „Arbejder Radio“, das emittiert propagiert werden soll, damit eine Vergrößerung des Umfanges und feste Verbindung erreicht werden könne. Gegen die herrschende Meinung der Sendebestellungen wurde eine sehr scharfe Resolution einstimmig angenommen. Der Kongress forderte ferner, daß die Radio-Gebühr ermäßigt und daß die Arbeitslosen, alte chronisch Kranke und andere schlecht finanzierte Hörer von der Gebühr befreit werden sollten.

Zuletzt folgten die Wahlen; der hiesige Geschäftsführer wurde wieder gewählt, nämlich der erste Vorsitzende, Knud B. Jensen, der zweite Vorsitzende, Peder Norgaard (gleichzeitig Redakteur der „Arbejder Radio“), Hauptkassierer Chr. Ahlstrand, Techniker Hugo Jørgensen und Wald. Jensen.

*) Aus dem eben erschienenen „Arbeiter-Rundfunk“.

Rebellenlied / Von Willy Sachse

17) Alle Rechte vorbehalten.

(Schluß)

Das Mal ist wie so viele andere entstanden. Die Stadtmütter hätten eben noch immer ihre großen Söhne und Töchter, Marippos Bräunen, des furchtbaren Meisters Gerhards Platte, das Hochfahrtschiff, der Konvulsionsbericht über Karl Marx, das das Polizeiarbeit auf Ausstellungen zur Schau stellt, sind genug Zeugnis dafür.

Seit die Römer die erste Brücke über den Rhein legten, um ihre Regionen gegen Germanische Überfälle zu sichern, ist der Strom mancher Herrschaft an seinen Ufern vergeblich. Wie und wo man auch immer forschte, unter den größten Männern der Jahrhunderte wurde stets der Rheinstrom zur Wiege ihrer Politik. Roms Kaiser Carolus Magnus, Napoleon, das ist nur eine der Vorkämpfer in der politischen Geschichte dieses Stromes. Die geistlichen Strömungen unter ihnen Großen des europäischen Kontinents gebären zugleich auch Kulturmerkmale. Aber zwischen diesen Kulturhöhen zweier Jahrtausende vermerkt die Geschichte auch Zeiten des Niederganges.

Verständlich nur zeigt das Stachbild die letzte Reichslage. Man erinnert sich in Köln nicht ganz jener Zeiten, die an die ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts gemahnen, die diese Zeiten wieder lebendig werden lassen. In diesen Jahren war Köln ein geistiges Zentrum. Stappeler jener Geistesleben, die seit 1793 von Paris aus ihren Weg nach Osten nahmen. Es sind die Jahre des Wirtens von Karl Marx, aber auch des „roten“ Bedens in dieser Stadt.

So gering man hier die Reichsarten admet — Symbol der angehenden Einheit des Reiches — so gering schäht man auch deren revolutionäre Vorkämpfer. Jene jungen Menschen, die Vorkämpfer des Friedens noch mitten im Kriegssturm der großen Zeit. Die wahren Vorkämpfer der Republik.

Sicherlich, das Ideal dieser Vorkämpfer war etwas anderes als die heutige Wirklichkeit. Aber Ideen flug hatte gemaltener Schwingen als der jetzigen Wäler der Republik. Aber gleichgültig bleiben — sie kämpfen und sterben für den Frieden, für die Republik; in Zeiten, da solcher Kampf ein Spiel mit dem Tode war.

Sie starben in Köln.

Und Kölns Stadtmütter haben auch heute noch nicht ein schlichtes Holzkreuz für sie läßt. Die Säule der Republik, deren Herzblut Kölns Mütterträne getränkt, wird man vermissen.

Jenleits des Rheins, dort, wo die Stadtgrenze uralte Rheinschiffung erteilt, liegt der Wittlichseepfad Wahn.

Dort stehen jetzt bei Tagesanbruch immer Proletarier hinweis, um das Terrain nach Metallteilen alter Geschosse abzuschauen. Ein mühseliges, oft vergebliches Unterfangen.

Wir jagen eines Morgens mit ihnen. Und suchen dort — zwei Gräber. Die Grabstätten zweier deutschen Matrosen, deren Namen man vermissen hatte in die Torburg am Eigelstein einzuweihen. Jener beiden, deren Gräber jetzt den Hüden der Politik Wittlichsteile für den Reichsgraf sind.

Wir waren des Geländes unfähig. Mühselhaft war unser Bestreben. Keine Wegerste wie uns die Richtung des Dries. Auch kein Wächter. Kein Kreuz war Zielpunkt.

Nur ein einziges furchtbares Dokument liegt uns, daß hier an dieser Götter irgendwo die Grabstätten liegen müßten. Und diese Urkunde ist der Bericht über ihren geistig sanktionierten Mord, also lautet sie:

Gegenwärtig: Schießplatz Wahn, d. 5. Sept. 1917.

Mar.-Ar.-Ger.-Rat Brief als Richter

Die Vollstreckung der gegen die Angeklagten Reichspolizei von S.M.E. Friedrich der Große und Adis von S.M.E. Prinzregent Luitpold am 23. August erlassenen Todesstrafe fand heute vormittag statt. Morgens 6 Uhr wurden die beiden Angeklagten in dem Festungsgefängnis Köln mittels Auto nach Wahn überführt. Sonstig während der Fahrt, als auch während der letzten Nacht war bei jedem der beiden Angeklagten ein Geistlicher seines Glaubensbekenntnisses.

Zur Vollstreckung war ein Detachement in Stärke einer Kompanie beauftragt. Das Verfahren wurde von Major von Möhs geleitet.

Auf dem Schießplatz wurde den Verurteilten, während das Detachement des Generals präsentierte, die Anstaltsform und die Befähigungsorder durch den Untersuchungsrichter vorgelesen. Nachdem dann den Geistlichen gestattet worden, den Verurteilten nochmals zuzusprechen, wurden ihnen die Augen verbunden. Darauf führten sie sich, in zwei Glieder zerlegt und auf fünf Schritt vor den Verurteilten aufgestellte Gemeine das Urteil auf Kommando aus und zwar vormittags 7:00 Uhr. Der zur Teilnahme an der Vollstreckung kommandierte landwirtschafter Artillerie Major Werner stellte 7:04 Uhr den sofort eingetretenen Tod beider Verurteilten fest.

gen.: Beil.

Mar.-Ar.-Ger.-Rat.

Köln ehrt seine tapferen Söhne, die einen in feineren Mälen, andere in Konvulsionsberichten. Manche nur durch ein großes Schmelzen. So nach dem wehrlosen schloßperische Kräfte einer Epoche am Werke sind.

Man muß! Ob verzorgenes Grab oder Ehrenmal. Ob Ehrenfest oder vielsagendes Schweigen. Ob Hoch oder Uebel das Begonnen leitet, niemals löst ihr des Rheinstroms Wie der deutschen Arbeiterklasse Geschichte aus und auch die Geschichte dieser beiden Taten nicht. Sie werden immer im Herzen der deutschen Arbeiterklasse eingeschrieben bleiben. Die Freisprechung dieser Taten, die die Augen mitten in der Nacht, die Sterne freigegeben an dem Straßenplaner geblieben sind, das ist das mirbelnde festschauende Wahrzeichen der proletarischen Revolution!



Für Gendel alles, für die Metallarbeiter nichts

Halle, 21. Februar.

Eine Stadtverordnetenversammlung, in der die Klassenfronten zueinander ausgetrieben wurden. Während draußen auf dem Ballmarkt gegen den Schandbesatzung im Metallarbeiterkampf einmütig Protest erhoben wurde, zeigte im Rathaus die Stadtverordnetenversammlung, daß sie mit allen Mitteln die revolutionäre Arbeiterfront bekämpfen, indem sie der kommunistischen Fraktion, der Vertreterin jener demontrierenden Massen, für ihre Hauptanträge jede Unterstützung verweigert. Es gelang zwar diesmal Herrn Schumann, daß er nicht ganz so wie in der vorigen Sitzung vom Reden zu gehen, weil die kämpfenden halbtägigen Metallarbeiter der SPD mit einer sehr deutlichen Aufforderung die politische Rechte zu wenden; trotzdem konnte er sich die Kommunisten und die Ausfälle gegen die Unparteilichkeit nicht erlauben. Mit dem Resultat, daß er wie seine Fraktion schließlich doch für die Anträge zugunsten der Streikenden stimmte und sogar sich, in die schmerzhaftesten Männererbrut wertend, Zusatzanträge dazu stellte, die den Sinn haben sollten, Schönheitsfehler des kommunistischen Antrages auszugleichen. Gut nicht zu Unrecht wird diesem Treiben des Herrn Schumann heute in der „Halleischen Zeitung“ vorgezogen, er möge sich einmal darüber belehren lassen, was 20 Millionen sind.

Was die bürgerliche Presse einschüßlich des „Volksblatts“ gern an Argumenten gegen die gefassten Kommunisten einbringen zu können glaubt, war ihnen übrigens von Otto Kiliau geleistet worden. Mit Anstand hörten ihm die Bürgerlichen zu, der für die Sozialdemokraten geradezu ein Apokalypse geworden ist.

Es kam ihm nicht darauf an, unseren Genossen zu unterstellen, daß sie die Hausinspektoren im Prinzip hängen, und sich glaubt auch sonst aus der Forderung nach reiflicher Verwendung der Hausinspektoren zum Wohnungsreformamt reformistische Abweichungen herauslesen zu können. Dabei paßte ihm selbst ein so katastrophales politisches Fehlen, das man nur darüber erlaunen kann, mit welcher Gewandtheit er eine kleinbürgerliche Linie bezogen wurde. Kiliau jagte wörtlich:

es sei eine Mission, den Kampf gegen den Bürgerkrieg zu führen, der faktisch schon am Boden liegt, der schon gar nicht mehr regiere. Diese ungeschickliche Verkennung der wirklichen Klassenituation ist so offensichtlich, daß man Kiliau selbst den Vorwurf parlamentarischer Kurzsichtigkeit nur zurückgeben kann, mit dem er unsere Genossen gegen bloßes Gerede. Weil Parlamentsreden heranzuziehen, weil sich einige Differenzen über die Schulfrage im Lager des Bürgerlichen zeigen, glaubt Kiliau, daß die Macht dieser kapitalistischen Gewaltregierung schon im Grunde genommen verloren ist. Mit dieser grundlegenden Verstellung ist der Fall Kiliau in der geistigen Stadtverordnetenversammlung für uns erledigt. Denn wir sind nicht so läppisch, uns erst nach gegen seine Behauptung zu verteidigen, daß wir die preussische Koalition nicht mehr bestreiten. Die Selbstverständlichkeit aus unserer Kampfes gegen die Weimarer Koalition mit ihren SPD-Mitgliedern haben wir uns — wie sich Genosse Günther sehr richtig ausdrückte — tatsächlich an den Schulfragen abgewandt. Und es wird in der Arbeiterfront darüber keinen Zweifel geben.

Der Beginn der Sitzung brachte einige Veränderungen in der Zusammensetzung von Magistrat und Rat. Hier wurde der neue besetzte Stadtrat Cohn eingesetzt. Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher hielten zu diesem Zweck je eine Einführungsvorrede, die sich an Protokollart gegenüberüber. Für den vorerwähnten Stadtverordneten Krumm wurde der Stadtverordnete Bartzler als Ersatz eingesetzt. Die Genossen Krumm hat ihr Mandat niedergelegt, weil sie Vertreter des kommunistischen Kinderheim in Egersburg wurde.

Es folgt, als humoristische Einlage, eine Anfrage des Wäfflers Dr. Schulte wegen des Baues von Warenhäusern, die nicht verhandelt wird, weil sie nur eine Unübersicht trägt. Herr Schulte verliert im Laufe der Sitzung, daß er es sich trotzdem nicht nehmen lassen wird, einmal darüber zu sprechen. Viel Vergnügen!

Dann gibt der Vorsteher ein Schreiben der Ortsgruppe Halle der Deutschen Volkspartei bekannt, in dem die sofortige Bezeichnung der freien Stelle des zweiten Bürgermeisters verlangt wird. Auf Wunsch; auch die Bürgerlichen halten Sengel nicht mehr für tragbar. Um dies zu verhindern, wird die kommunistische Fraktion zum Kampf, denn Sengel will sie, wie die kommunistische Fraktion, auf Entlassung Sengels, in die geordnete Sitzung zu verweisen. Genosse Günther ist der erste, der gegen diese doppelte Willkürfreiheit protestiert. Als er die Dunkelkammerpolitik brandmarken will, entzieht ihm Sengel das Wort, das ihm den Zutritt einbringt:

„Schaffen Sie doch Maulkörbe für die Stadtverordneten an!“

Der Ordnungsbefehl bleibt stumm, bis es Dr. Firkh fertigbekommt, Sengels Verhalten auch noch zu verteidigen. Als endlich darüber abgemittelt wird, ob die Justiz der Deutschen Volkspartei als erster Punkt behandelt werden soll, bleibt der Ordnungsbefehl stumm, und

auch die Mitglieder der Deutschen Volkspartei können sich nicht von ihren Plänen trennen.

Sie werden sich, weil sie die eine Minute nicht stehen wollten, bei den kommenden Wahlen genötigt für längere Zeit von den weichen Begehrpostern trennen müssen. Aber der Sengel im Herzen ist ihnen sogar noch lieber als der Wähler an der Urne.

In der geschlossenen Sitzung würdigte sie nachher dank ihrer Mehrheit die Bezeichnung des kommunistischen Antrages auf Entlassung Sengels ab. Ihnen ist Sengel immer noch nicht schwarz genug.

Der Magistrat hat kein Geld. Oft genug haben wir die Gründe dafür angeführt, die einmal in der allgemeinen katastrophalen Finanzlage der Gemeinden zu suchen sind, in Halle jedoch besonders aus den verlassenen Subventionen erklärt werden müssen. Trotzdem werden vom Magistrat die dringlichsten Projekte unternommen. Der Neubau eines Verwaltungsgebäudes wird ebenfalls in Angriff genommen werden. Die verlangte Summe wird bewilligt. Wäffler werden aber

die Debatte von einem Baradenhimmel gepakt.

Demokratische Antrag, daß die Tafelarbeiten von allen Bureaustellen geräumt und Schulgegenstände hierher gemacht werden soll. Man solle in der Zwischenzeit, die bis zum Fertigwerden des Verwaltungsgebäudes verstreicht, Baraden für die Aufnahme von den Bureauarbeiten. Interessant ist hierbei, daß Wäffler und seine Freunde der Klärung der Zusammenhänge zwischen dem in der letzten Hausaufstellung widersprochen hatten. Damals hatte das allerdings die kommunistische Fraktion verlangt. Und an diesem Tage war den Demokraten auch noch nicht der Aufstellungsplan des Parlaments bekannt. Jetzt findet Wäfflers Baradenantrag Aufnahme, der kommunistische Antrag,

das Verwaltungsgebäude in eigener Regie der Stadt zu errichten, fällt unter dem Mehrheitsdruck der Ordnungsbefehle.

Und weil die Stadt Halle gar so arm ist, muß sie die paar Mark, die sie noch hat, dem reichen preussischen Staat spenden und die Unversittlichkeit damit ausbaden lassen. Die handlichen Zustände in der Universitäts-Bibliothek sind mit höchstem Gelde repariert worden. Es kostet 80 000 Mark. Resultat:

Der Bau eines köstlichen Krankenhauses wird immer weiter hinausgeschoben, in Anspruch nicht mehr in Ermüdung gezogen.

Genosse Günther bespricht dem Magistrat fertig die Schädigung städtischer Interessen, die um so offensichtlich wäre, als sich im vorigen Tage bei der Forderung durch die Kliniken alles das bewahrt hätte, was die kommunistische Fraktion an Klagen der Patienten in die Öffentlichkeit gebracht hätte.

Wäffler hält hierzu eine lange Rede, und da er ungeschicklich über die gleiche Art Klagel verfuhr wie sein Freund Schumann, greift er zwar die Politik des Unterrichtsministeriums und des Magistrats an, um — der Magistratsvorlage im Namen seiner Fraktion seine Zustimmung zu geben. Die 80 000 Mark sind demnach gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt.

Nicht viel anders ergab es der Vorlage, Baraden für Schumann zu errichten. Hier ist es Herr Wäffler, der sich, wie schon aus den Ausführungen ersichtlich war, auf die Seite des Magistrats schlug. Der so notwendige Schulhausneubau Trotha verwehrt immer mehr im Hintergrund, zugleich Genosse Jilgenstein prinzipiell und Genosse Hertel auch im Namen der Elternbeiräte der Weimarer Schulen gegen den Baradenbau protestiert. Es ist wieder allein die kommunistische Fraktion, die diesen unansehnlichen Akt der Beilegung verurteilt.

Interessant ist eine Erklärung über das Verlangen des Magistrats, für die Schöne- und Gießerei weitere Mittel auszuwerfen. Hier wird die scharfmerkwürdige Personalpolitik des ehemaligen lokalen Stadibaurates Heilmann erläutert. Wäffler hat Material über unzureichende Zustände in der Straßencleaning besandt. Diese Klagen haben allerdings nicht sehr heute und auf beratende Mithilfe aufmerksam gemacht. Damals jedoch stellte sich die SPD immer schicklich auf Heilmanns Seite. Sozialdemokratische Anträge zur Personalpolitik beim Tiefbauamt werden durch die bürgerliche Mehrheit abgelehnt.

Mit Forderung von Grundstückskauf, Verkauf von Gelände und Aufstellung der Gemeinderäte, Sozialdemokraten Wäffler geht die Durchberatung der Lagerordnung weiter hin, bis — bei schon vorgeschickter Zeit — endlich die kommunistischen Anträge zur Sprache kommen. Wie unsere Leser aus dem bereits veröffentlichten Protokoll der Anträge wissen, handelt es sich um die Fortsetzung an die Staatsregierung.

Die vollen Beträge aus dem Hausinspektorenkommen der Stadt Halle zu überlassen.

Alle mit diesen Mitteln erhaltenen Wohnhäuser sollen in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden. Genosse August Hertel begründet den Antrag unter Zugrundelegung darstellenden Tatsachen und Zahlenmaterial. Auch Bürgerliche betonen sich an der Debatte, was schon lange nicht mehr geschehen ist. Der unermüdliche Herr Hertel macht seine Hausinspektoren-Clonieren, der Bauunternehmer Wäffler erwidert, so wie man das von einem Bauunternehmer erwarten muß, und Herr Mann er wendet sich — sein

Stiefenpferd reitend — gegen die eigene Rechte. Hier ereignet sich auch die Kontroverse mit Kiliau, auf die wir zu Beginn unseres Berichtes eingegangen sind.

Unter Antrag wurde schließlich in zwei Teile zerlegt, von denen der erste Annahme fand, während die eigene Rechte in die zweiten Teil angenommen werden sollte, an dem „Rein“ der Bürgerliche Mehrheit scheiterte.

Der letzte Antrag, der in der öffentlichen Sitzung zur Verhandlung kam, betraf die Forderung der streikenden Metallarbeiter auf Erleich der Beträge von Gas und Strom, auf Einrichtung von Kasse und auf Erleichterung von Wäffler für die Kinder.

Genosse Otto Härtel brandmarkte in diesem Zusammenhang das schamlose Verhalten der SPD-Fraktion in der Sitzung vom 23. Januar, und unter Hinweis auf die augenblickliche verkehrte Lage, auf den sich vorbereitenden Kampf erweiterte er die Metallarbeiterforderungen, die um so größere Berechtigung erhalten, als der Metallarbeiterkampf der Zukunft für immer größere Kämpfe wird, die nicht nur bei wirtschaftlichen Forderungen im Bedenken haben werden, sondern sich zum politischen Kampf ausdehnen müssen.

Die klare eindeutige Sprache des Genossen Härtel, die keinerlei Annahmen und Rückschlagsbereitschaft aufkommen ließ, erforderte Herrn Schumann zu ergreifen, daß er erklärte,

„eine solche Brandrede würde dem Streik mehr schaden als nützen.“

Wir sind der Ansicht, daß die offene Kampflage dem Streik sehr viel nützen wird. Wir lehnen die arbeitgemeinschaftlichen Schritte ab, und wenn wir von der Kommune fordern, daß sie ihre Steuerzahler unterstützt, so ist das ganz etwas andere als das, was die Sozialdemokraten daraus machen wollen. Die SPD, die sich dem auch gewungen, dem kommunistischen Antrag zu zustimmen, so sie beantragt, daß zu Punkt 3 und 4 Änderungen vorgenommen werden. Die drei ersten Forderungen werden jedoch durch den Ordnungsbefehl abgelehnt. Auch Jugendleiter wie Zwanzig stimmen dagegen, gar nicht zu reden von den Demokraten. Nur Punkt 4 des Antrages, Lieferung von einem halben Liter Milch für Kinder unter sechs Jahren mit einem Zulageantrag auf Erleichterung von Milch und Fleisch für die Schulinder wird dadurch, daß sich auf der rechten Seite einige Stimmen für den Antrag finden, angenommen. Bescheidenerweise stimmen Firkh (Wand der Kinderreihen) und Frau Mambel als Hüterin teurer Mutterpflicht mit dagegen.

Hierauf schloß der öffentlichen Sitzung. Am nächsten Montag ist wieder eine Verhandlung anberaumt. Da soll der Spruch um Sengel gefällt werden. An diesem Tage muß unter allen Umständen die öffentliche Behandlung der Frage erwungen werden.

Sengels Schuldbeweise wachsen lawinenartig

Konturze von Stadtbankkunden steht er als Zarce an

Am 13. Verhandlungstag hatte man das Vergnügen, wieder einmal den wahren Schuldbeweis vor den Schranken des Gerichts zu sehen. Aber nicht etwa als Angeklagter, sondern nur als Zeugen. Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung von Briefen Schröders an die Stadtbank. In den Briefen ist zunächst von dem beinahe zum Schwiegervater Schröders gewordenen Herrn Bamberger die Rede. Ein Brief sagt den anderen. Dabei gibt auch ein paar Briefe des Grundbesitzer Schröders, Schlämer. Auch Schlämer ist ein Schreiber Geruppert, hat er doch 7200 Mk. eingezahlt und muß zuletzt noch als Helfershelfer auf der Anlagebank erscheinen. Er hat sich, wie alle, die mit Schröder in Verbindung traten, durch dessen gewandtes und geschicktes Wirrtzen täuschen lassen. In den Briefen ist Schröder der Stadtbank mit, daß er da und dort mit Herrn Bamberger verhandelt hätte. Bald heißt es, die Verhandlungen nehmen den gewöhnlichen Verlauf, Herr Bamberger wird am landüblichen nach Halle kommen, und auf einmal sieht

ist es Schig. Aber der erstürmliche Schröder weiß sich zu helfen. Mit einem

zweiten Heizeinspruch, diesmal will ich noch ein italienisches Heiraten heiraten, tritt er auf den Plan. Dr. Sengel mit seinen Treuen aus hierauf hinein, gefallen ist, erfährt man nicht. Hierauf wird der „Zeuge“ Sengel aufgerufen. Großartig tritt er in den Gerichtssaal. Er sagt aus, daß er erstmalig durch den Reiches Reiches im November 1925 auf die Wechselverbindlichkeiten der Firma Schröder hingewiesen worden ist. Schlämer habe Zweifel an der Richtigkeit der Wechsel gesteuert. Er habe ihm jedoch überzeugend eingerebet, das Geschäft würde gut, Lager, vollgepackt mit Wäffler, wären vorhanden. Er erwähnte auch einmal einen Auftrag für den „Berliner Votallangeier“ in Höhe von 125 000 Mk., den Schröder auszuführen hätte.

Das Wechselgeschäft habe er als reines Discont-Geschäft angesehen. Nach Übergabe an die Treuhänder U.C. stellte sich der wahre Sachverhalt heraus und ich erlebte eine große Enttäuschung! Von den Verbindungsabsichten Schröders erfuhr ich erstmalig im Februar 1926.

Dies war mir eine gewisse Bezeichnung. Berger kam eines Tages zu mir und erklärte mir freudig, daß die Verlobung Schröders glücklicherweise ist. Der Schröder heiratete die Tochter Bambergers nicht, da derselbe nur 140 000 Mk. herauszulassen wollte, und er könne sich doch nicht für 140 000 Mk. an eine Töchter verheiraten!

Weiter Schlämer, den ich nicht persönlich kenne, ist uns nichts Nachteiliges zu Ohren gekommen, und da er sich in der Verlobungsangelegenheit tätig war, mußten wir uns so sehr an dem Verlobungsangelegenheiten glauben. Die Mitteilung, Schröders Konturze anzunehmen, habe ich

als Zarce aufgefaßt! Schröder war, da wir ihm kein Geld mehr ausbezahlen, verzögert, und

ich veranlaßte ihn, die Konturzeanmeldung zurückzunehmen. Ich war überzeugt, daß Schröder durch die Verlobung wieder auf einen guten Zweck komme.“

Im Laufe der Vernehmung behauptet Schröder, daß alle Herren der Stadtbank gewußt hätten, daß die Party nicht bestand. Sengel sollte Berger erklären dies für eine bewußte Lüge. Nach der Mittagspause wird der jetzige Direktor Herzog vernommen. „Bei Eintritt meiner Tätigkeit hatte die Firma Schröder 650 000 Mk. Debet. Berger hat nach Berlin, und bei seinem Zurückkommen teilte er mir mit, daß die Firma gar nicht eingetragen ist.“ Der Zeuge verbreitert sich dann noch über die Konturzeanmeldung und über die beabsichtigte Verlobung Schröders. Vom Vorhinein wird dem Herzog vorgehalten, daß die Auskunft über Schröder doch nicht gefälscht sei. Schlämer habe von der Bank auf Veranlassung Schröders zweimal Geld erhalten.

Eine längere Debatte, an der sich die Verteidiger Sengel, Herzog, der Buchrevisor Spengler und Schröder beteiligen, löst die Verhandlung Schröders. „Doch nach der Konturzeanmeldung noch Geld ausgezahlt sowie aus Party-Wechsel herbeigekommen worden seien.“ Durch den Buchrevisor wird festgestellt, daß tatsächlich, und zwar 40 000 Mk., an die Firma Schröder nach dem Auszugshaus worden sind. Sengel sollte Berger behaupten, daß der Kreditauszahlung davon orientiert sei, und dies im Hinblick auf die bevorstehende Verlobung genehmigt worden ist.

Selbstmordversuch. Am 20. Februar, gegen 11.45 Uhr, verfuhr sich ein Mann in seiner Wohnung durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Durch Hausbewohner, die den Hauptbalken zur Gasleitung abstellten, wurde er an seinem Vorhaben abgehalten. Der Lebensmüde wurde mit dem Krankenwagen dem Krankenhaus geführt. Der Grund zu der Tat soll in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

(Fortsetzung des lokalen Teiles im Hauptblatt Seite 4)



Der Sumpf

Bamberger seine Zulage zurück. Bamberger hatte nämlich zufällig von der Nichteingahlung eines Schecks über 69 Mk. erfahren. Er merkte natürlich sofort, daß hier etwas nicht in Ordnung sei. Aber dem gewandten Schröder gelang es, die Bedenken Bambergers zu zerstreuen, und freudentrollend ließ er der Stadtbank telegraphisch mit, daß alles wieder in Butter sei. Bei Wäffler der Briefe weiß man jedoch nicht mehr, was nun eigentlich mit dem Geschäftsbetrieb gelangt worden ist, und mit Recht fragt der Vorlesende: „Was nun eigentlich sein soll.“ Schröder wird ziemlich frech und erwidert, daß er von allen Seiten gedrängt worden sei, halb maßsinnig da und dort verfuhr sich, Wäffler herauszufischen, sich aber auf Einzelheiten nicht mehr einzulassen.

Im Laufe der Verhandlung kommt man auf die an Schlämer von der Stadtbank über Schröders Geschäft an Schlämer gegebene Auskunft. Und man höre und staune:

Schlämer bekommt eine Auskunft, die alles andere als den wahren Sachverhalt enthält.

Darin rehet man, Schröder habe nicht unbedeutende Bestände, das Geschäft wohl selbstbewußt und energiegeliebt. Die Auskunft erteilte der jetzige Direktor Herzog über eine Firma, die mit 500 000 Mk. bei der Stadtbank in Kredits stand, so gut wie gar keine Lagerbestände hatte.

Wah ist diese Auskunft mit Einwirkung Sengels gegeben. Bamberger sieht sich schließlich gerührt und mit der rechten Heizeit

Gewerkschaftliches

Der Kampf in Mitteldeutschland und seine Lehren

Die Einheit, die bekannte Tatsache der Gewerkschaftsarbeit, vereint in dem letzten entscheidenden Jahr die Zukunft einer führenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation. Dieser Einheit sind bekanntlich, keinen Namen nicht zu nennen, Obgleich nicht mit allen Mitteln, die darin enthalten sind, die Vorbereitung der Arbeit, verschiedenartig mit sie bes. gegen diese Zeiten, daß sich führende Persönlichkeiten der SPD. mit der Zeit der Revolution in die Reihen einbeziehen sind.

Der Verlauf des mitteldeutschen Kampfes muß jeden Klassenkämpfer mit banger Sorge erfüllen. Nicht daß die Front der Streikenden erwidert wäre. Keineswegs. Die schlagen sich in dem Augenblick, da diese Zeiten geschrieben werden, wie die Zeit und überleben allen Lösungen der Arbeiter. Was mir äußerst bedenklich erscheint, ist die Führung des Kampfes. ... Was aber muß den Kampf gefährden? Nun, die Streikführung ist auf das politischste Weise zu nehmen. Sicher können unsere Kollegen von links mit ihren Forderungen auf Verstärkung des Kampfes und Betonung des politischen Momentes oft über Ziel. Aber das kann noch kein Grund sein, mitten im Kampf wegen einer an und für sich ganz richtigen Forderung einen Pfahlgang von Resolutionen gegen den kommunistischen Teil der Streikenden niederlegen zu lassen. Dabei ist die Streikführung ihrer parteipolitischen Realitäten so sehr die Regel schiefen, daß sie die demokratischen Grundkräfte unserer Gewerkschaftsbewegung völlig ignorierte. Einzelne ihrer Maßnahmen gingen bis hart an die Grenze der Spaltung. ...

Da ist vor allem der Kampf gegen die Verläufe, die Streikenden durch Gelder aus Gemeindefonds zu unterstützen.

Vielleicht mag es Genossen geben, die die Nützlichkeit solcher Unterstützung anzweifeln und prinzipiell ablehnen. Ich nehme nicht an, daß ein solches der Meinung, daß alle Maßnahmen in einem Kampfe nur von dem einen Gesichtspunkte diktiert sein dürfen. Wie kann ich die kämpfenden möglichst lange lahm zu halten, wie den Kampf gewinnen. Alle anderen Fragen sind von untergeordneter Natur. Es war von vornherein damit zu rechnen, daß der Kampf längere Zeit dauern würde. Da mußte man für die Schwachen rechtzeitig alle Hilfsquellen erschließen. Wenn die Bürgerlichregierung den Ruhrindustriellen 700 Millionen an den Hals wirft und die Juxter auf unsere Kosten mit Zöllen füttert, dann sollte das Proletariat darauf verzichten, seine Positionen, die es in den Gemeinden erobert hat, aufzugeben? Das hieße, gegen den gebundenen Menschenstand handeln.

Wenn aber ganz und gar Kollegen die in einzelnen Gemeindefonds parlamentarische Unterstützungsanträge stellen, mit dem Versuch, aus dem Verband bedroht werden, so ist ein solches Vorgehen nicht unzulässig, weil es die Gefahr der Spaltung in sich birgt. Die betreffenden Kollegen werden mit Recht einwenden können, daß sie von einer politischen Partei und nicht von der Gewerkschaft ins Parlament geschickt wurden.

Und mit noch größerem Recht können sie weiter behaupten, daß in der Gewerkschaft mit zweierlei Maß gemessen wird.

Denn wo hätte man jemals gegen die Altszialisten, die wegen ihres arbeiterfeindlichen Verhaltens sonar aus dem Reichsbanner ausgeschlossen werden mußten, eine solche Sprache gehalten? Die dürfen sogar hohe Funktionen in der Gewerkschaft innehaben.

Die Unorganisierten aber, die sich im Kampfe gut halten, werden die Gewerkschaften veranimatorisch machen, wenn ihre Familien hängen. Aber auch die Frauen der im Kampfe lebenden organisierten Kollegen werden diese Haltung nicht verstehen. Denn sicher wird niemand behaupten wollen, daß heute in einem

proletarischen Haushalt solche Reserven angelammelt sind, daß man auf die Hilfe durch die Gemeinden großmütig verzichten könnte. ... Wenn die Streikleitung trotzdem mit einer solchen Hartnäckigkeit gegen die Unterführung durch die Gemeinden anlämpfte, so mußte sie gewisse Gründe hierfür haben. Und sie hatten sie. ... Es ist nicht zu leugnen, daß dem Regierungspräsidenten in Merseburg, dem Genossen Grünauer, und vor allem dem Genossen in der preussischen Koalitionsregierung eine Unterführung der kämpfenden durch die Gemeinden nicht behagte. ...

Aber zur gleichen Zeit, wo die Streikleitung gegen die Gemeindefondsunterstützung einen heftigen Kampf eröffnet, vertritt sie an einem Teil der kämpfenden eine Sonderunterführung. ... Es ist nicht recht überprüfbar? Eben noch wurde erklärt, daß sich die Streikleitung ohne Einmischung in den Kampf verhalte, daß der Verband der kämpfenden allein finanziere.

Sind die sozialdemokratischen Kollegen in Halle, für die diese Unterführung bestimmt war, so mankeulmäßig?

Ich glaube, daß sie diese Auffassung mit Recht zurückweisen werden. ... Aber warum dann nur Sonderunterführung in Halle? Warum nicht auch in Magdeburg? Wird hier nicht verurteilt, ein Gebrauch zu machen, wie es im gewerkschaftlichen Sprachgebrauch so schön heißt?

Und hat man sich denn wiederum überlegt, welche Wirkung eine solche Maßnahme auf die Mitbeteiligten haben muß? Ihnen geht nicht mit großer Begeisterung und solcher Begeisterung die WGS, ob sich selbst aber bemerkt man von „betreudeter“ Seite eine Sonderunterführung.

Daß der „eule Spender“ keinen Namen so hartnäckig verschweigt, ist auch nicht ganz angehen, das Ganze vertrauen zu wachen und zu machen. ... Und was bleiben denn die eigentliche die proletarischen Prinzipien: „Einer für alle, alle für einen?“ ...

Wichtig ist ein ganz kluger Kopf kommen und wird sagen: „Ja, zum Teufel, was haben uns denn die Unorganisierten an, mögen sie sich doch organisieren.“ ... Und es wurde von der Gewerkschaftsleitung mehrfach so argumentiert, — der ist nicht gerade mit Weisheit gekrönt. ...

Die wenigen Ausführungen, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit beanspruchen, zeigen schon, wie verhältnismäßig sich eine Beschreibung der demokratischen Realitäten der Gewerkschaftsmittler auswirken muß. ...

Jede Woche Stundenlohn für die Streikfront!

Erfolg der oppositionellen Kollegen im Bau- gewerksbund, Zahlstelle Hohentelwitz

Die Mitgliederversammlung des Bauergewerksbundes fand am Sonnabend, dem 18. Februar, statt. ... Die Mitglieder der Reformisten im Bau- gewerksbund, die in Zukunft mehr Mitglieder- versammlungen abgehalten werden müssen und auch die Wer- dung neuer Mitglieder intensiver als bisher vorgenommen werden muß. ...

Die Auseinandersetzungen in der Zahlstelle Hohentelwitz sind um so bemerkenswerter, als hier die gewerkschaftliche Organisation unter den Bauarbeitern noch verhältnismäßig jung ist. ...

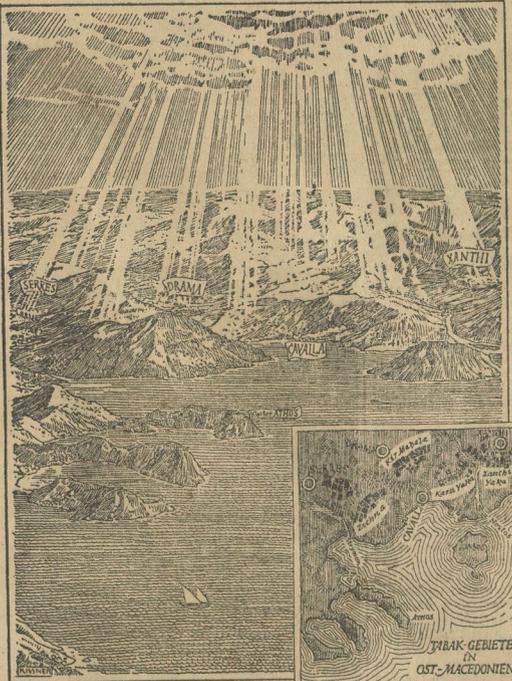
Die am 18. Februar tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Bauergewerksbundes, Zahlstelle Hohentelwitz, spricht den kämpfenden Metall- und Hüttenarbeitern ihre vollste Sympathie aus. ...

Die Reformisten in Bodwitz zurückgedrängt!

In der letzten Sitzung des Ortsausschusses des DGB, Bodwitz land u. a. auch die Meinung des Vorstandes. ...

Es muß Aufgabe der oppositionellen Gewerkschaftler sein, im nächsten Jahre den Einfluß der Reformisten einzuhalten zu brechen und auch die Führung der Gewerkschaftsbewegung im Bodwitzer Landkreise in oppositionelle Hände gelangen zu lassen.

SONNE AUF MACEDONIEN



Im Westen die Halbinsel mit dem Berge Athos, der berühmten Niederlassung der griechischen Mönche, im Osten das Tal des Flusses Nestos, der ein tabakgeprägtes Gebiet durchströmt und auch auf dem anderen Ufer streng genommen in Thracien und nicht mehr in Macedonien-einen köstlichen Tabak wachsen lässt. Das ist für den Fachmann das Herkunftsland das echt macedonischen Tabaks, auch wenn es mit dem geschichtlichen Begriff Macedonien nicht ganz übereinstimmt. ...

Macedonen-Tabaks seine Eigenschaften geschildert und die macedonische Zigarette als die beste bezeichnet. ...

Bei HAUS-NEUERBURG-Zigaretten ist diese Mischungsbasis macedonisch, und zwar nicht nur bei den teuren Sorten, sondern auch bei der 5 Pf.-Zigarette

Haus Neuerburg

• O • H • G •

Das Schwert der proletarischen Revolution

Zum 10. Jahrestag der Roten Armee

Als die russische Arbeiterklasse im Oktober 1917 unter Führung der bolschewistischen Partei den Sieg über die Bourgeoisie errungen hatte, bestand die bewaffnete Macht des Proletariats einzig und allein in der Roten Garde, die sich aus Freiwilligen formierte. Bald nach dem Sieg des Oktoberaufstandes zeigte sich, daß die Arbeiterklasse vor dem blutigen Kampf nicht zurückschreckte, um in den Besitz des Volkseigentums wieder zu gelangen. Der Bürgerkrieg begann. Die Roten Garden trugen ihre ersten großen Siege über die Truppen der westgardistischen Generale Kornilow, Kaledin und Durov davon. Es stellte sich heraus, daß die Truppen, die nur aus klassenbewußten Arbeitern bestanden, die höchste Kampfbereitschaft und Widerstandsfähigkeit besaßen. Die russische Bourgeoisie mußte einsehen, daß sie aus eigenen Kräften die Revolution nicht niedermachen kann, und rief die Hilfe der ausländischen Kapitalisten an. Gegen Ende 1918 beginnt die ausländische Intervention. Der Vormarsch der Hohenzollerntruppen in der Ukraine wird von der ukrainischen nationalistischen Regierung abgelehnt zum Kampf gegen die Sowjetmacht. Die ukrainischen Nationalisten, die so viel von der „Unabhängigkeit“ der Ukraine reden, verkaufen sich dem deutschen Imperialismus, und die deutschen Besatzungsbeamten, die später die deutschen revo-



Okkupation der Ukraine durch Hohenzollern-Truppen 1919

1. Die Soldaten der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ erhalten vom Staat volle Beschäftigung und außerdem 30 Rubel monatlich.
2. Die arbeitsunfähigen Familienangehörigen der Soldaten.

lution der Roten Armee, für deren Unterhalt sie bisher zu sorgen hatten, werden laut den lokalen Kommunisten, wie sie von den lokalen Organisationen der Sowjetmacht festgesetzt sind, versorgt.

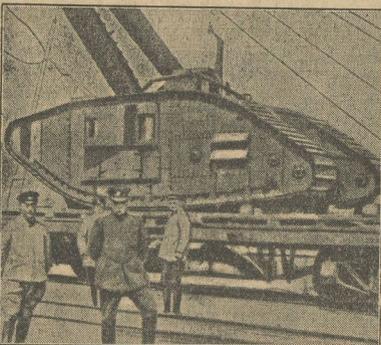
III.

Das oberste leitende Organ der „Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ ist der Rat der Volkskommissare. Die unmittelbare Führung und Verwaltung der Armee liegt in den Händen des Kommandanten und des ihm angegliederten „Besonderen Militärkommissariats“.

Der nächste bedeutende Schritt zur Bildung der Roten Armee war der am 29. Mai 1918 gefasste Beschluß der Sowjetmacht zum Uebergang vom Freiwilligen-Prinzip zur Zwangsobilisierung aller Arbeiter und armen Bauern. Die Gefahren für die Revolution sind zu groß. Einige Arbeiterbezirke entsenden weiter noch freiwillig ganze Regimenter von Proletariern — in erster Linie von Kommunisten — an die Front.

Die Geschichte des Bürgerkriegs ist die Heldengeschichte des russischen Proletariats und der Roten Armee.

In heroischer Aufrengung haben die russischen Arbeiter all die Namen der Generale und Helden der Geschichte geirrt, die im Blut der Massen die russische Revolution zu ertränken suchten. In Sibirien war es der zaristische General Kollschak, der mit Hilfe des englischen Generals Knor



Englische Tanks bei weißgardistischen Truppen

eine Armee von 300 000 Mann anführte. Japanische Truppen in Vladivostok konnten Kollschak zu Hilfe. Das englisch-französische Kapital wirt bereits im Mai 1918 die sibirisch-beringischen Regionen in den Kampf gegen die Sowjetmacht, jene kriegsgegangenen slawischen Truppen, die Kerne für die deutsche Front gebildet hatte. Die Kämpfe begannen inzwischen den Vormarsch gegen Odesa.

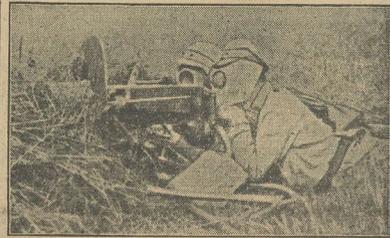
Dem Plan der Roten Armee in Vereinigung mit den Partisanenkämpfern der sibirischen Bevölkerung gelang es im Januar 1920 die Koltschak-Truppen vollständig zu liquidieren. Der weißgardistische Kommandant Semjonow hielt sich im Fernen Osten noch bis zum Oktober 1920, dann flüchtete er nach China, wo er jetzt im Dienste des Generals Fschangschin steht. An der Südront waren die Kämpfe besonders hart. Die Rote Armee kämpfte gegen die von den Engländern und Franzosen ausgeschickten Truppen des Generals Denikin in einer Zeit, wo das Land wirtschaftlich total erschöpft war. Während im Hinterland die Proletariats der einer Hungertatort Millionen erstickten, kämpften andere Proletariats im Wasser- und Landkrieg gegen die Verbände, gegen einen übermächtigen Feind und zugleich gegen die Verbände, die die beste Verbindung der weißen Truppen war. In der Ukraine gingen Städte und Dörfer zwanzigmal und mehr, aus einer Hand in die andere über. Die Petljura-Banden mit ihren permanenten Rubezopromen und Plünderungen wurden von zaristischen Generalen abgelöst, bis die Rote Armee sie alle liquidierte und endgültig die Sowjetmacht aufstufte. Die

Banden des „Bäterschens“, Kosaten Machno, gaben der Bevölkerung einen Vorgeschmack vom Bolschewismus der Kontinentalrevolution, der jahrelang in Sibirien tobte.

Die Reste der Denikin-Armee, die sich nach der Sturm zurückgezogen hatten, suchten noch bis 1920 mit Hilfe der Entente einen Vorstoß gegen die Sowjetmacht zu machen. Auch dieses legte Volkstrotz der Weissen, die Kollschak-Armee, wurde von der Roten Armee restlos vernichtet.

Am 1. November schlug die schlechtgeleitete Rote Armee bei 40 Grad Frost die in Finnland gelandeten englischen und amerikanischen Brigaden. Im jahrelangen Ringen im Norden, Süden und Westen befreite die Rote Armee die Arbeiter- und Bauernrepublik vom eisernen Ring feindlicher Entressuna. Wie eine Episode endete der Vormarsch eines Judenitisch auf Petrograd. Die Sieger aus dem Weltkrieg mußten die Truppen aus Sowjetrußland zurückziehen; der Versuch, den proletarischen Staat mit Waffengewalt niederzuwerfen, erwies sich viel schwieriger, als sie geglaubt hatten. Demals erkannte auch die Bourgeoisie, daß die Macht der Roten Armee nicht allein in den Bajonetten liegt, sondern vor allem in der tiefen Durchdringung jedes einzelnen Kämpfers von der Idee, daß er für die Interessen seiner Revolution, seiner Klasse kämpft.

Jedoch die Heldentaten der Roten Armee wären unmöglich gewesen, wenn hinter der Armee nicht die ganze Arbeiterklasse gestanden hätte. Ob die Parole des Bürgerkrieges lautete: „Alles zum Schutz des Urals!“ oder: „Proletarier, auf! Werd!“ (Wahrung der Roten Meierei) — das Proletariat besetzte in Scharen diesen Ruf. Dies war nur möglich, weil ein einheitlicher Wille die Massen bewegte, und dieser Wille fand seine Verankerung in der Partei Lenin. „Eine die Partei“, schrieb Lenin im April 1920, „ohne die eiserne und kampfgestählte Partei, die das Vertrauen aller ehrlichen Elemente der Klasse genießt, die Partei, die die Stimmung der Massen zu verfolgen und sie zu beeinflussen, wäre es unmöglich gewesen, einen Kampf (den Bürgerkrieg) mit Erfolg zu führen.“ Und auch heute, nach zehnjährigem Bestehen der Roten

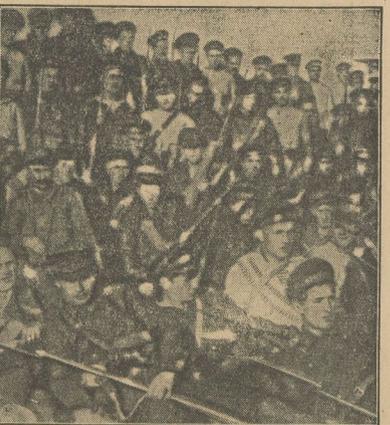


Manöver der Roten Armee

Armee, nachdem das Waffengeklirr des offenen Bürgerkrieges längst verstummt ist, ist der Geist der proletarischen Roten Massenarmee derselbe geblieben. Die Rote Armee steht jetzt dem Weltkrieg gegenüber, nicht aufgegeben. In der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den bürokratischen Ländern rufen die Imperialisten zu einem neuen Weltkrieg gegen die Sowjetunion. Die Sowjetunion hat in der Roten Armee ein wohlgerüstetes, auf moderner Technik beruhendes Heer, in dem die strengste freiwillige Disziplin herrscht, ein Heer, das darauf vorbereitet ist, den Weltimperialismus zurückzuschlagen. Die Sowjetunion zu verteidigen. Die Sowjetmacht ist der erste und der einzige Staat der Welt, der auf der Basis der „Arbeitskonferenz“ erhebliche Vorstöße zur Verbesserung machte. Aber die Rote Armee steht auf der Wacht der Revolution, und in diesem Willen, die proletarische Diktatur gegen jeden Angriff der Imperialisten zu schützen, sind mit der Roten Armee einige alle Verhängnisse des Sowjetstaates und die revolutionäre Arbeiterklasse der Welt. Am 10. Jahrestag der Roten Armee erklingt lauter denn je der Ruf des Weltproletariats:

Hände weg von Sowjetrußland!

Es lebe der erste Arbeiter- und Bauernstaat der Welt!



Eine Abteilung der Roten Armee vor Abgang an die Kollschak-Front 1919



Kollschak (in der Mitte) unter französischen Generalen

lutionären Arbeiter wiedertraffen, führen in der Ukraine den Vormarsch gegen die Bolschewiki. Für die proletarische Revolution ergibt sich die Notwendigkeit, erstens sich auf einen Landauernden Kampf einzurichten und zweitens den regulären Truppen der Feinde ein staff organisiertes reguläres Heer entgegenzustellen. Die Entwicklung ging

von der Roten Garde zur Roten Armee.

Der 23. Februar 1918 ist der Geburtstag der Roten Armee. An diesem Tage gelangt in Kraft folgendes, am 15. Dezember angenommenes

Decret des Rates der Volkskommissare

„Die alte Armee war ein Werkzeug der Klassenunterdrückung der Verfallenen durch die Bourgeoisie. Mit dem Uebergang der Macht an die werktätigen und ausgebeuteten Massen ergab sich die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Armee, die in der Gegenwart ein Schutzwall der Sowjetmacht sein soll, in der Zukunft aber das Fundament für die Herstellung des bestehenden Geistes durch Volkswaffnung zu bilden hat und der kommenden sozialistischen Revolution in Europa eine Stütze bieten wird.“

I.

Mit Rücksicht darauf besteht der Rat der Volkskommissare, eine neue Armee unter dem Namen „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ zu schaffen, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Die „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ wird aus den klassenbewußtesten und organisiertesten Elementen der werktätigen Klassen gebildet.
2. Der Zutritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der Sowjetrepublik vom 18. Lebensjahr offen. Der Rote Armee kann ein jeder beitreten, der bereit ist, sein Leben und seine Kraft für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, für die Sowjetmacht und den Sozialismus einzusetzen. Für den Zutritt in die Rote Armee sind Empfehlungen erforderlich, und zwar von dem Soldatenkomitee oder öffentlichen demokratischen Organisationen, die auf der Plattform der Sowjetmacht stehen, von Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen, oder von zumindest zwei Mitgliedern derselben. Für den Uebertritt ganzer Truppenteile zur Roten Armee ist namentliche Abstimmung und Bürgschaft erforderlich.

Weißenfels-Naumburg-Zeitung

Genossenschaftler werden bei Streiks unterstützt

Weißenfels, 20. Februar 1928.

Der Verwaltungsrat des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg und Umgegend nahm in einer Sitzung Stellung zum Metallarbeiterstreik und beschloß:

„Streikende Metallarbeiter, soweit sie Genossenschaftsmitglieder sind, werden unterstützt.“

Der Verwaltungsrat behauptet, daß unter ca. 500 streikenden Metallarbeitern in Weißenfels nur 24 Genossenschaftsmitglieder vorhanden sind. Der Konsumverein hätte den Einfluß von 10 größeren Stille leistern können, wenn die Zahl der Genossenschaftsmitglieder eine größere gewesen wäre. Der Verwaltungsrat spricht die Hoffnung aus, daß sich die Gewerkschaften bemühen werden, namentlich für die Genossenschaftler stärkere Propaganda zu machen.

Vom Weißenfeller Schöffengericht

Wieder um den Paragraphen 218

Wegen Abtreibung resp. Tötung der Leibesfrucht waren angeklagt: Die Ehefrau M. aus Weiskring, das 17jährige Dienstmädchen Gerda S. und der Arbeiter Paul M., beide aus Kößlitz. Die beiden letzten unterstellten ein Verbrechen, das verurteilt nicht ohne Folgen geblieben ist, weil die monatliche Regel 14 Tage ausblieb. In ihrer Angst wußte sich die S. durch Vermittlung einer Freundin und im Einverständnis ihres Bräutigams an Frau M. die ihr helfen sollte. Letztere nahm sich des jungen Mädchens an, das angeblich aus Ehemann vor ihren Eltern zum Schritt veranlaßt worden zu sein. Das Mädchen gab der Frau dafür 200 Mark, die sie von ihrem Bräutigam zu diesem Zweck erhalten hatte. Aus diesem Grunde war derselbe der Weiskring angeklagt. Nach Angabe der Frau M. war das Mädchen überhaupt nicht schwanger, was auch dadurch begründet erscheint, weil am andern Tage die Regel mit den gewöhnlichen Erscheinungen wieder eintrat. Das Gericht ließ die Angeklagte auf vollendete Abtreibung resp. Tötung fallen und verurteilte wegen der vorgenommenen Manipulationen die Angeklagte M. zu drei Monaten, die Angeklagte S. zu zwei Wochen, den Angeklagten M. zu drei Wochen Gefängnis. Den beiden letzteren wird in Anbetracht des jugendlichen Alters Strafmäßigkeit auf die Dauer von drei Jahren unter den üblichen Bedingungen zugestanden.

Die Hehlerer-Geschichte eines Zeiter Sattlermeisters

Wegen gemeinschaftlicher Hehlerlei stand der Sattlermeister Karl Gollwitzer, Zeit, unter Anklage. In dieser Angelegenheit wurde schon zwei Beiliegende abgeurteilt. Der Angeklagte lag folgendermaßen zugrunde: Der früher wegen dieser Straftat befristete Angeklagte Simon, trat heute als Zeuge auf. Er wurde nicht verurteilt. Er war als Logerik bei der Irma Scholle, Zeit, beschäftigt. Durch diesen Umstand und weil er den Verdacht zu regeln mußte, war es ihm ein leichtes, Waren aus dem Geschäft herauszubringen, die er verkaufte und den Erlös für sich verwendete. Durch Bekanntwerden mit dem heutigen Angeklagten Heister er demselben nach und nach ungefähr 80 bis 100 Paar Oberarmgarnen. Nach Angabe des Angeklagten, mit derselben jedoch nur 42 Paar erhalten haben, und zwar für ein Gefäß, einen gelbes Eisenkasten von 100 Mark. Außerdem habe er demselben bei Lieferung noch 45 Mark draufgezahlt. Der Zeuge bestritt überhaupt jemals den Angeklagten angepumpt zu haben. Nach Angabe des Zeugen hat der Angeklagte für die Garnen 2,50 bis 3 Mark an ihn bezahlt.

Als weiterer Zeuge ist der Vater des Angeklagten erschienen. Dieser verurteilt, seinen Sohn, der im Kriege zweimal an Gasvergiftung erkrankt und auch geschlechtskrank gewesen sei, als geisteskrank hinzuzählen. Er sei mehrmals von Spezialärzten behandelt worden und zuletzt in der Heilanstalt Weiskring zur Beobachtung untergebracht gewesen. Aus dem Grunde sei er ein Gefährlicher der Anstalt, Dr. Harting, als Sachverständiger urteilte: Derselbe erklärte, daß beim Angeklagten während seiner Anwesenheit in der Anstalt keinerlei Anzeichen von Geschlechtskrankheiten oder ernsteren Störungen angedeutet der Nerven und Sinnesorgane nachgewiesen werden, auch könnte, wie angegeben, von dem Zustand der Bewußtlosigkeit und Dämmerung nicht die Rede sein. Da auch der Spezialarzt für Geschlechtskrankheiten, Dr. B., Zeit, der den Angeklagten kurze Zeit behandelte, nichts Wesentliches anführen konnte, erhielt der Staatsanwalt das Wort.

Dieser führt aus, daß der Angeklagte verurteilt hat, auf Grund des Paragraphen 21 die Freisprechung zu verurteilen. Das könnte natürlich eine Rede sein, die die Angeklagten in der Sache angeht. Derselbe erklärte, daß die Angeklagten bemerkbar wurden. Er hält den Angeklagten für überfällig und stellt den Antrag wegen gemeinschaftlicher Hehlerlei auf die Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Der Beisitzer plädiert, weil der Angeklagte hauptsächlich durch die Aussagen des in dieser Angelegenheit verurteilten unerschütterlichen Zeugen Simon bestraft ist, auf Freisprechung. Nach längerer Beratung verurteilt der Vorsitzende das Urteil, wonach der Angeklagte wegen einfacher Hehlerlei zu drei Monate Gefängnis bestraft wird.

Sittlerlei-Meldung aus Freyburg

Was wie schnell, was wie schnell, verschwindet die Fäulnis vom Gestell! Spät nachmittags litt. Große Bestürzung herrscht im ganzen Weiskring. Fluchend und schimpfend rufen die Patentkreuzmaschinen und Weiskring umher.

Was war los? Dem Sittler-Industriehauptling Sittler (NSW-Gauleiter) hat man die an seinem Gau-Bureau und Verlagsgebäude seit drei Wochen ausgehängte Patentkreuzmaschine im letzten Tage gestohlen.

Die ganze Patentkreuzmaschine kann nicht fehlen, wie das möglich war. Ihr kleinen Indianer macht Euch doch keine Sorgen, Eurem Freyburger Mulotini wird schon ein tüchtiges Moment kommen, wie in der vorigen Woche bei der Gerichtsverhandlung, um sich zu blamieren!

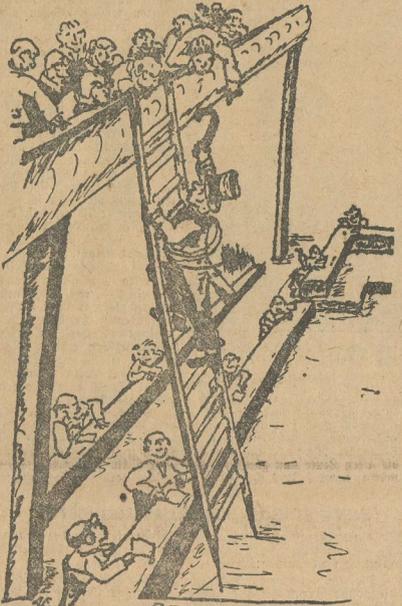
Wir wollen hoffen, daß mit dem Verschwinden des schmerzigen Symbols dieser Patentkreuzmaschine auch der Einfluß, den die Sittlerlei in ein paar irregulären Votolen noch haben, schwindet. Nicht durch Sittlerlei, sondern nur durch die breite, geschlossene Front des Klassenbewußten Proletariats ist es möglich, die beherrschende, moralische und formale Gesellschaftsgewalt zu bekämpfen und aufzubauen den Staat der Arbeiter und Bauern, in dem ein Ende findet die Ausbeutung, Unterdrückung und Ausschöpfung des Proletariats.

Altkommunisten, Kleingeldbesitzer und fromme Betrüger. Dies sollte der Diktator Vogel gelehrt werden, wenn nicht genügend Kinder vorhanden sind, und an seine Stelle sollte ein Jungelbster kommen. Die vorgelegte Behörde entzweit eine Kommission zur Prüfung der Kopfsache. Was ist das? Man „ließ“ sich kein Kind aus Kadorgemeinden (im vorigen Jahre waren es vier) auf einige Tage, und siehe, die Kommission fand die verurteilende Behörde vor! Gemeinderat, Lehrer Vogel und seine Kollegen diesen frommen Betrag hinterher mit einem kleinen Festgeleit. Die Krönung findet aber die Geschichte dadurch, daß der Gemeindevorsteher und der Lehrer Vogel eine Witwe, die 42 Jahre in ihrer Wohnung lebte, aus dieser verdrängen wollte, weil er, der Dorflehrer Vogel, zu seiner fünf-Zimmer-Wohnung noch zwei Zimmer benötigt, und zwar ein Fremdenzimmer und ein Kinderzimmer! Also erst hält man seine Stellung durch Scheibung und dann treibt man Witwen aus ihrem Heim. Lehrer Vogel ist natürlich ein frommer Stahlbesitzer und Krügeverleiher, also ein „echter Teufel“. Deshalb ist der fromme Betrag gegen die freie Republik der Welt wohl nicht so schlimm?

Altmärk. „Die Germanen“. Die „Germanen“ hielten ihren Maskenball beim Kameraden Sport ab. 90, und Tanzgruppen ohne Keilerei, was war das in einem Klub, wo nur echte „keulige Helben“ Mitglieder sind? Der Vorstand und zu gleicher Zeit der Leiter der Feuerwehr, Räteleibant Schomburg, erhielt eine hübsche Visage der Landwirt, Räteleibant, der Schomburg, der die Platte der SPD immer herunterschleudert, beugte sich mit einem Bewußtsein und herausquellendem Auge. Dem Führer der Hakenkreuzler, dem Sittler-Industriehauptling Sittler (ein Arbeitswilliger von letzten Kammergerichte) wurde die „Kreule“ etwas hübsch gelassen. Hinterher lang man „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Eine letzte einbeutende Vorankündigung beschloß dann, daß man sich in Zukunft sich einen Tag vorher die Pressen anschauen soll, damit in Zukunft kein Geld mehr zum Maskenverleiher getragen wird. Jede „Maste“ soll seine richtige Maste gratis bekommen. — Finis Germania!

Zeit. Schon wieder ein Autounfall. Gestern morgen gegen 2 1/2 Uhr fuhr das Auto der Zeiter Gaswerte den Weiskring Berg abwärts, wobei der Führer des Fahrzeuges die Gewalt über denselben verlor. Er lag die Bremse, daß die Kräfte in der Luft herumflogen. Dabei verlor der Wagen das Vorderrad und fuhr ein wildes Tempo auf einen unten am Weiskring Berg stehenden Brückenturm auf. Der Wagen wurde in das Haus der Händlerin Dietrich gestößt. Die Insassen sprangen vom Wagen ab, wobei sie natürlich heftige Verletzungen davontrugen. Den Chauffeur trug man bewußtlos davon. Schuld an dem Unfall trägt in erster Linie der Magistrat, der in verkehrspolizeilicher Beziehung (Straßenverbreiterung usw.) so gut wie gar nichts tut.

Vom „Schwarzen Mann“ im Zeiter Stadtparlament



Herr Döring ist vom Ordnungsbüro, Er trägt 'nen Spornhörnleinsgerod Und hat ein rotes Gesicht. (Wein? — O nein!) Er sitzt im Parlament von Zeit, Dort spricht er niemals was Geheimes, Er ist ein sehr kleines Biest. Wenn er 'ne große Rede macht, Wird er gewöhnlich ausgesetzt, Und man wußt oft daswischen. Als letztem von der Galerie Ein Kommunist was runterschrie, Da tat man sogar zischen.

Kluges plüßert sich Herr Döring auf, Er brüllt: „Ich komme gleich hinan Und pack' Euch dem Schlammtischen.“ Da lachte alles auf dem Topp, Man rief: „Kommt raus, Du armer Tropf, Du trügst nun über ein Zettchen.“ Darauf ward Döring ärgerlich, Er sprach, daß er gehorcht sich Dem'n nächsten Mal 'ne Keilerei! Dann heißt's in Zeit: „De Esse brennt, Jetzt kommt der „Schwarze Mann“ gerannt.“ — Ja, das wird wirklich heiter!

—feierlich.

Zeit. Gut lad gelaufen. Ein fünfjähriges Kind fiel in die Gasse und konnte nur unter Gefahr mit dem Gärtnere Freund gerettet werden. Etern! Wacht Eure Kinder vor dem Hochwasser.

Zeit. An der Hopfung leidete bei uns der Verleß. Unter Stübchen ist nicht nur bekannt wegen seiner Berg- und Talsprachen, sondern auch wegen der folgenden Strafen. Erand be vor kurzem in der Nachstraße ein Geschirr und konnte nicht vorwärts rücken. Die Worderträge waren gerade bei Futtermannecke in ein Loch geblieben. Sofort war der Verleß verurteilt. Hier wäre am Plage, daß Futtermanns Gebäude endlich auf dem Zwangswege beschlagnahmt würde.

Masch. Mehr um die Jauchengruben kümmeren. Als unsere Zeitungsredaktion am Sonntag nachmittags Zeitungen ausstufte, sah sie im Hofe des Arbeiters G. das zweiährige Kind des Arbeiters Erlich in der Jauchengrube liegen. Sie rief um Hilfe und der Vater des Kindes konnte daselbst noch retten. Das Kind blieb am Leben. In Nasberg gibt es noch in vielen Höfen offene Jauchengruben. Jeder erinnert an den Fall, wo bei einem Feuer nachts ein Feuerwehmann bis an den Hals in die Jauchengrube geriet. Hier muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden. Das sozialdemokratische Volksbegehren nach Nasberg sollte sich mehr um diese Jauchengruben kümmern, als mit seinem linken Freund Kähler hinter den Kommunisten herumzusehen oder mit ihm zum Jagdhaus der Bauern zu gehen.

Mansteld-Sangerhausen

Der Unterteufenthaler Presseprozeß

„Es giewet Ione Humne . . . um Ione Summe . . . es giewet awmer och Schweinehumne . . .“

Unter der Ueberschrift: „Ein merkwürdiger Gemeindevorsteher“ erschien in der Nummer 14 des „Kallentampf“, vom 18. Juni 1927, der Bericht eines Arbeiterkorrespondenten, in dem von dem Bericht bekannt Friedrich Fuhrmann in Unterteufenthal die Rede war. Am Freitag verhandelte deshalb das hiesige Schöffengericht gegen unseren Genossen Kurt Kühn, den damaligen verantwortlichen Schriftleiter des „Kallentampf“. Es wurde dabei ein Urteil wegen formaler Beleidigung in Höhe von 100 Mark gefällt.

Die Verhandlung ergab, daß Fuhrmann, ohne dazu befragt zu sein, nach Feierabend die Arbeiten der an der Teufenthaler Gemeindefeuerung beschäftigten Arbeiter nachkontrollierte! An Gerichtsstelle wurde festgestellt, daß Fuhrmann weder einer Kommission angehört, noch von dem Gemeindevorstand irgendeinen Auftrag erhalten hat. Mit großer Geste schritt Fuhrmann seinerzeit die Arbeiten ab und kontrollierte recht umständlich mit Zirkonmaß und sonstigen Werkzeugen. Er konnte das Gemessene schließlich nicht einmal errechnen denn er behauptete bei der Verhandlung unter seinem Eid, trotz wiederholter gutgemeinter Ermahnung des Vorsitzenden unseres Genossen Kühn, des Rechtsanwalts Dr. jur. Viktor Müller, die

Arbeitslosen hätten in Teufenthal annähernd 100 Mark pro Woche verdient.

So tieftraurig es ist, daß Fuhrmann sich vor Gericht hinstellte, als wenn er nur allein in Teufenthal Gatten heulte, so tieftraurig ist es aber auch, daß dieser Mensch als glaubwürdiger angesehen wurde. Die Beweisaufnahme war sehr mühsig. Unser Gewissensmann teilte uns damals in dem Urteil mit, daß in Bezug gestellt werden müßte, ob Fuhrmann überhaupt in der Lage sei, „zwei Zentimeter, „fünf Zentimeter und Kubikmeter zu unterscheiden“. Unter Arbeitereinstellung, vom Gericht verurteilt, wurde gesagt: „Kommt die Rede auf Quadraturwurzeln ziehen, so eilt jeder Mensch in seine Scheune und will mit dem Spaten Quadraturwurzeln ziehen.“

Ja, ist denn der Verlauf der Verhandlung vom Freitag nicht angehen, daß jeder unbefangene Beurteiler auch zu dieser Ansicht kommen müßte?

Ist es nicht wahr, daß selbst Lehrer im Orte dem Fuhrmann angeboten haben: „Er möchte noch einmal zu ihnen in die Schule kommen“?

Sagte nicht in der Gerichtsverhandlung eisdlich der stiller-treue Gemeindevorsteher, daß dieser ewige Richter Fuhrmann schon in der Vergangenheit so oft als das bescheidene als glaubwürdiger öffentlich in den verschiedensten Gemeindevorsteher-Sitzungen?

Warum ist Fuhrmann der Aufforderung, Strafantrag in so und so vielen Fällen zu stellen, nicht nachgegangen?

Hat Fuhrmann nicht selbst, zu dem Jungen Viktor Glaser gesagt: „It habe es ja schwarz auf weiß, mir kann ja nichts passieren.“ Was heißt das im Volksmunde? Nicht mehr und nicht weniger als: „Ich habe eine Kriegserwundung am Kopfe und mir ist nichts wunderlich und wenn es für die andere die wunderlichsten Dinge sind.“ Unser Arbeiterkorrespondent hat recht, daß im Laufe der Jahre und zwar zum Zeitpunkt an wo Friedrich Fuhrmann am „Eiseller“ herunter mit dem „Pächter“ kam, bis zum heutigen Tage, es nur eine Kette von Vorgeleiten und Stäntereien gegen die arbeitende Klasse gegeben hat. Wenn in dem Artikel an einer anderen Stelle die Rede ist von einem „Falsch-Menschen“, so haben lieber die inneren Augen Arbeiterkollegen die obiger Entwürdigung diesen Menschen, Fuhrmann, mit seinen eigenen Worten treffen wollen:

„Du, Fuhrmann, hast es ja schwarz auf weiß, Dir kann ja nichts passieren!“

Es ist nicht an Gerichtsstelle festgestellt, ob Fuhrmann mit dem „Schwarz auf weiß“ seinen krankhaften Zustand meinte, und zwar aus der Kriegsverletzung, oder ob er irgendwie einen „Freiheits“ hatte. Die Verhandlung brachte kein Licht in die Sache. Was aber in der Verhandlung auffällig war, ist der Umstand, daß Fuhrmann wohl in früheren Jahren wegen „Sittlichkeit“ gefangen hat. Er sagt es selbst. Zwar meint er, es wäre nur Hehe gegen ihn gewesen, und er wäre „freigeprochen“ worden. Der Vorsitzende gab sich Mühe, von 1919 oder 1920 die Akten suchen zu lassen. Lehrer war das so schnell nicht möglich, wohl wurde ein Aktenstück gefunden, aber nicht das „richtige“, sondern ein anderes wegen „Lebensmittelverfälschung“. Das wird zu den paradoxen Zeiten gewesen sein, wo die Küche anstatt Milch — Wasser lieferten! Dem Fuhrmann ist so manche harte Wahrheit in der kurzen Zeit seiner Anwesenheit in Teufenthal gesagt worden. Im Falle des in Frage stehenden Berichtes will er verlässsweise die Sache so hinstellen, als wenn es die „bösen“ Kommunisten seien, die ihn unmöglich machen wollten. Dabei ist oretschaffen und an anderer Stelle wird der Beweis angetreten, daß er auch nicht einen einzigen Menschen hat, der zu ihm hält. Fast alle Einwohner ohne Ausnahme rufen weit von ihm ab. Das böse und berechnete Zeugnis wird ihm seine Vermandtschaft ausstellen, bezüglich der unheimlichen Kette, die seine Frau schon bekommen hat. Aber der Fall der „Sittlichkeit“ ist, weil ihm vom Gericht Substitution im „Kallentampf“ und „Häufigen Nachfragen“ angefallen wurde, noch nicht beendet.

Herr Gemeindevorsteher, ist es nicht wahr, daß auf dem Gemeindevorsteheramt von anderer Seite eine „Häufige“ Sache vorliegt? Herr Gemeindevorsteher, wenn Sie mit der Sprache reden werden Ihre Gerichtsverhandlung, und Ihre Anwesenheit als Zeuge zu einer Anfrage machen in der nächsten Gemeindevorsteher-Sitzung. Die Gemeindeverwaltung hat Material gegen diesen Fuhrmann, denn gerade er ist es, der in jeder Beziehung gegen die Arbeiter und deren Vertreter mit den „gewählten“ und „unbewußten“ Mitteln arbeitet. Was ist denn das? Ist das Frau Koch, die innerzeit mit W. G. zusammenwohnte, „Näheres“ mittels, was sich angetragen hat . . .

Nebenfalls Genossen, Arbeiter, Arbeitslose, laßt Euch nicht beleidigen. Laßt nicht ungenutzt diese Gelegenheit vorbeiziehen. Laßt Euren „Kallentampf“ nicht verurteilen um eines Menschen willen, der gerichtet ist, noch ehe er selbst angeklagt wurde. Laßt, laßt das Groteske und bringt Licht in das Dunkel. Fragt an bei der Gemeinde.

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen — schaff! Zeugen herbei!

In Geholen wird weiter gekauft

Wie „Ede“, der Ortsgewaltige, die Biersteuer einführt

Wie in so vielen Orten, so wurde auch hier bei uns in „Sermans-Parlament“ der Antrag auf Erhöhung einer Biersteuer gestellt. Da „Ede“ den Gemeindevorsteher verurteilt mit den Galunieren ein Vermögen getroffen zu haben, stimmten leider auch die Arbeitervertreter der Steuer zu. Der Antrag lautete folgendermaßen: „Die Gemeinde Geholen erhebt eine Biersteuer von zwei Prozen.“ Das Bier bleibt beim alten Preise, die Steuer trägt der Galunier. Wenn derselbe die Steuer nicht trägt, dann nicht trägt, dann nicht trägt. Wie sieht nun die Geschichte aus? Die Galunier behaupten, sie haben dem Ortsgewaltigen keine Zulage gegeben, sie haben aber die Bierpreise um 2 1/2 Pfennig erhöht, obwohl auf das Glas Bier nur ein sechste Pfennig Steuern kommen würde. Die Galunier legen nun, wenn die Gemeindevorsteher die Steuer nicht zahlen, so werden sie mit einer Steuer von 2 1/2 Pfennig zurück. Arbeiter und Kleinbauern, her laßt Ihr wieder, was ein Stahlhelm-Orts-gewaltiger alles zusammenfaßt. Hoffentlich werth Ihr Euch solche Fälle bis zur nächsten Wahl, und laßt die Aussteuer dahin, wo Sie hingehört. Der Bauer von Geholen.

Bitterfeld-Wittenberg

Die „Freie Presse“ macht Wahlpropaganda Wer kann zwischen den Zeilen lesen?

Leider können das verhältnismäßig wenige Menschen. Wäre es anders, hätten die Zeilen nicht den Inhalt, den man heute in allen ihren Spalten findet. Eine lächerliche Blätterliste dieser Art bringt die „Freie Presse“ in ihrer Nummer vom Freitag. Hier wird auf der ersten Seite etwas über einen „Wittgang der Kommunisten zum kaiserlichen Generalfeldmarschall“ gelächelt. Schon die Absicht ist zu klug, um damit Gleichnisse zu finden, aber dennoch wollen wir einmal ganz kurz zwischen den Zeilen dieses Artikels lesen, um damit unsern Lesern zu demonstrieren, wie das „Vollblatt“ und dessen Dreimonatsfind, die „Freie Presse“ durch bildhafte Kommunistenbelegungen, die arbeiterfeindliche Politik ihrer Grunden in den Parlamenten zu werden.

Die kleinen Bedrohungsanfänger vom anderen Ufer sehen ihren Lesern u. a. folgendes vor:

„Berlin, 17. Februar. (Eos. Presse-Dienst.) Am Beginn und am Schluß der Donnerstagstagung des Reichstages stiegen die Kommunisten Schlußreden nach Herrn v. Hindenburg aus. . . . Er soll also auf die kommunistischen Blüten hin den Reichstag sofort auflösen.“

Zwischen den Zeilen gelesen heißt das: Die Kommunisten fordern die sofortige Reichstagsauflösung. Die parlamentarischen Hindenburg-Freunde, die erst in diesem Jahre den Geburtstag des kaiserlichen Generalfeldmarschalls in zahlreichen Orten gemeinsam mit den Deutschnationalen feierten, wollen hier ihre Freundschaft zu Hindenburg den Kommunisten anbieten. Werfend wird das Aufeinanderangeheißt der kommenden Wahlen, da müssen die Verächter der Arbeiterpartei wieder einmal ihr stark rambanisches Prestige aufzufrischen.

Es heißt dann weiter:

„Viele von ihnen (gemeint sind kommunistische Abgeordnete. Red. d. A.) sind bei der Reichstagsauflösung von der Verfassung bedroht, weil der Oberreichsanwalt leider noch immer seine Hochverratsprozesse gegen sie schweben hat.“

Was! Kommunistische Reichstagsmitglieder sind bei Reichstagsauflösung vom Reichsanwalt mit Verfassung bedroht! Wo bleibt denn die Gerechtigkeit, ihr kleinen Schmeiche! Die wirklichen Hindenburg-Freunde haben von Reichsanwalt sich nichts zu befürchten. Welcher sozialdemokratische Abgeordnete wird denn vom Reichsanwalt bedroht? — Keiner! Warum nicht? — Weil die sozialdemokratischen Führer für Hindenburg und Vaterland (lies: Geld) die Interessen der revolutionären und wirklich sozialistisch eingestellten Arbeiterpartei schände verraten. Wo sind also die Hindenburg-Freunde?

Die sozialdemokratischen Hindenburgfreunde entzaren sich aber noch weiter, indem sie schreiben:

„Die Sozialdemokratie lehnte es mit der Mehrheit des Hauses ab, eine politische Witzschrift an den Reichspräsidenten zu richten, der nun einmal nach der Verfassung allein das Recht zur Reichstagsauflösung hat.“

Was! Die Sozialdemokratie lehnte es mit der Mehrheit des Hauses ab — In jeder Sprache weiß ja, daß die Mehrheit des Hauses aus Reichstagsmitgliedern besteht und in den Parlamenten auch von der Mehrheit des Hauses ohne weiteres angenommen wird, wenn dieser Antrag im Interesse der Kapitalisten liegt. Wenn der kommunistische Antrag auf Reichstagsauflösung also von der Mehrheit des Hauses — einschließlich von der Sozialdemokratie — abgelehnt wurde, daß heißt daraus nun herab, daß dieser Antrag im Interesse der arbeitenden Bevölkerung

lag und deshalb von der Mehrheit des Hauses, mit den Stimmen der Herren Sozialdemokraten, abgelehnt wurde.

Weiter:

„Die sozialdemokratische Fraktion wendet politisch unerwünschte Mittel an, um die Reichstagsauflösung zu dem Zeitpunkt zu erreichen, der dem Interesse der breiten Volksmassen entspricht. Sie ist für Auflösung des Reichstages nach ordnungsmäßiger Verabreichung des Reichshaushalts Ende März und für Neuwahlen unter den rauschenden roten Fahnen des proletarischen Wahlkampfes.“

Hier wird also ganz offen nur in furchtbar gedrehten Worten gesagt, daß die Sozialdemokratie im Reichstages mit den kapitalistischen Parteien, die dem Reichstagesauflösung des Reichshaushalts, also nachdem erst noch die verabschiedeten Vorlagen im Interesse der Breiten unter Dach und Fach gebracht sind, an die Auflösung des Reichstages denkt. Daneben wird etwas von „rauschenden roten Fahnen des proletarischen Wahlkampfes“ gesagt, damit der oberflächliche Leser ja nicht den arbeiterfeindlichen Charakter der SPD. entdeckt, denn die Wahlen lassen sich ja für die Dauer doch nicht ganz umgehen und da halten es die Hindenburg-Freunde, die kapitalistischen Konsumenten, für angebracht, ihr buntschillerndes Gesicht etwas mit roter Schminke zu bemalen.

Die werktätige Bevölkerung wird sich durch solche Finten und Anstiche nicht täuschen lassen. Die Hindenburg-Freunde sind längst in Hamburg, die der SPD. eine ganz empfindliche Schlappe beibringen, und die mittelständliche Arbeiterpartei wird das ihre beibringen, daß dieser Vereinergruppe bei den kommenden Wahlen eine ähnliche Quittung verabsichtigt wird. Vielleicht treten sie dann einmal Wittgang zu ihrem faulsten Freund, dem Generalfeldmarschall an.

Bitterfeld. Montag, Wandelegerie! Am Mittwoch, dem 22. Februar, abends 5 Uhr, im „Bürgergarten“ an der obersteckliche Delegiertenversammlung.

Kaufm. Große Sympathie für die Internationale Arbeiterhilfe. Trotz aller Verleumdungen bereizt die Tatsache von Kamin und Umgebung, daß sich die Arbeiterklasse nur selbst helfen kann, die Herzen der unteren, die werdende Einheitsfront zu begeistern. Für jene gilt nur örtliche

Unerhörtes Versagen der Kreisfürsorge

In Remberg läßt man erst die Säuglinge zugrunde gehen, bevor man hilft

Wie die Fürsorge für uneheliche Kinder in Deutschland aussieht, beweist folgender Fall: In Rieditz blieb ein Nebeverhältnis nicht ohne Folgen, und die Tochter von dem Vater des Kindes nichts bekommen konnte, weil er von seinem Arbeitsverdienst (12 Mark die Woche) selbst nicht als Mensch leben kann, so fiel das Kind den Eltern anheim, die Mutter zur Hilfe. Die Mutter des Kindes ist auch

Einkommen von 20 bis 22 Mark pro Monat.

Die Großeltern des unehelichen Kindes nahrien es von ihrem eigenen Verdienst, und als sie nun auch beide aus Krantenlager ausgeschieden wurden und ohne Verdienst waren, wurde man sich hilfesuchend an die Kreisfürsorge bzw. an den Amtsvorstand, Herrn Dr. Nagel, um eine Unterstüzung für das Kind. Wenn die alten Leute nun stäubten, daß ihrer Bitte entsprochen werden würde, dann sollten sie bitter enttäuscht werden. Es lief vom

Kreisfürsorge. Verschiedene Arbeiterorganisationen haben von der SPD. Anweisung erhalten, seine Gelder aus Vereinen den kämpfenden Arbeiter zu Verfügung zu stellen. Das Gegenteil tun aber Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Vereinen, indem sie Kinder Streikern in Empfang nehmen, Gelder sammeln, Hilfe bringen, wo Hilfe not tut. Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Gauen Organisationen weiter auf diesem Wege, der Kampf für die Freiheit ist hart. Solidarität mit not. Weibet Euch beim Gelingen der Arbeit in Remberg, deren Kinder von freitenden Metallarbeitern. Der Kampf der Metallarbeiter ist unter Kampf. Die im „Klosterkamm“ regelmäßig veröffentlichten Leitungen der SPD. zeigen, daß auch die hiesige Arbeiterpartei ihre Solidarität mit den freitenden Metallarbeitern praxis, trotz reformistischer Dose, am Ausbruch bringt.

Remberg. Eine gute Nase hatten Diebe, die in der hiesigen Stadtmühle und beim Zeitungsvorleger Arnold einbrachen und erhebliche Borräte an Speis, Schinken und Wein raubten.

Remberg. „Kameradkreuzer Potemkin“ Der Remberger Einwohnerversammlung am Mittwoch, dem 22. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ zu Remberg ein ganz besonders gutes und großartiges Filmprogramm gegeben. Der sozialistische Potemkin-Film, der mit seinem Erzählen der russischen Filmproduktion einen klugvollen Namen machte und inzwischen viele Millionen Zuschauer packte und begeisterte, kommt an diesem Tage zur Vorführung. Daneben läuft noch der ebenfalls feine Film „Das Leben der des Goldaten Mann“ und schließlich noch die Wirtshausbesuche von „Leuna“ aus dem vorigen Jahre. Alle im Ganzen ein Programm, das an Qualität und Quantität nichts zu wünschen übrig läßt und das sich jeder Einwohner unbedingt ansehen muß.

Jägerdorf. Einen kleinen Reifall erlebte kürzlich unser hier latium bekannter Reichwerter. Der Wirt des Arbeiterlokals hätte für sein Lokal einen Mostsalat arrangiert. Um erst acht 8 Uhr, als dies keine Ruhe und so kündigte er mit acht 8 Uhr seinen kommissarischen Manieren eine gleiche Reife für sein reaktionäres Lokal an. Und die Verpflegung: Eine Reife sollte spielen, Substanz sollten prämiert werden, Reife sollten und viele andere Überforderungen sollten steigen. Die gütliche Überforderung war aber die, daß die Einwohner den lieben gütlichen Reife mit seiner weichen Reife, seinen Mostsalaten, gepökelten Ballons und ganzem neuen Meier allein ließen. Dokumentierte die hiesige Arbeiterpartei, daß die Protokollanten und den Reifebesuchen des Herrn Schröder nicht vergelten hat. Sie beschloß in großer Menge das Arbeiterlokal, das denn auch die Reife für seinen Platz gestiftet war. Eine Sammlung zugunsten der freitenden Metallarbeiter ergab hier den Betrag von 10,50 Mk.

Aus dem Herrn Dr. Nagel wurde hierauf ein Brief geschickt, in dem die in dem obigen Bericht enthaltenen großen Reife immer an Hand von beweiskräftigen Unterlagen richtiggestellt wurden. Aus diesem Schreiben ist zu entnehmen, daß sich die Einwohner der niedrigen Familie pro Monat auf nicht ganz 90 Mark belaufen. Es ist keine anzunehmen, daß man befürchtet, daß die Familie des Herrn Schröder (Stube, Kammer und Küche, woher die Mutter etwa 2 Mark monatlich erhält) das die Familie bewohnen muß, mit einem Mietzins von monatlich über 40 Mark bewertet. Wer diese sogenannte Wohnung zu leben bekommt der wird den Mietwert auf höchstens 10 Mark schätzen und selbst dieser Betrag dürfte noch im Verhältnis zu dem Zustand der „Wohnung“ recht hoch sein. Die Wohnung ist eine wirksame Reife für die Mutter und ein Lebenserwerb ist immer. Die Diener sind verlastet, denn die Reife ist so hart, daß das Wasser buchtmäßig an den Wänden herabfällt. Ueberall wuchert Schimmel und Schwamm. Sogar kommt noch, daß die Kreisfürsorge die unehelichen Säuglinge selber krank im Bett liegen, während die Mutter des Kindes den ganzen Tag nur weniger Vorkämpfer auf Arbeit gehen muß. Das Kind ist also den ganzen Tag auf sich selbst angewiesen. Beschränkt es sich, muß es bis zum Abend in dem Schmutz liegen bleiben, da sich weder niemand um das arme Würmchen kümmern kann. Die Folgen sind denn auch danach.

Der Körper des Säuglings ist überall mit Geschwüren und Ausschlag bedeckt.

Wissenschaft ist aber schließend doch die Frage, ob überhaupt der alte, aus dem Graben des Kindes vertrieben ist, mit seiner Summe gerade auch noch ein ihm nicht notwendiges Kind zu erziehen. Wie kommt überhaupt Herr Dr. Nagel bzw. das Fürsorgeamt dazu, bei der Prüfung eines solchen Kindes die Rente eines alten Mannes mit zu berechnen, der überhaupt nicht verpflichtet ist, das Kind zu erziehen? Wenn er es stehen gegen hat, so war das sein freies Willkür und jetzt die Verantwortung überlassen, das man bei der armen Bevölkerung mehr Einfluß, Mißbill und Hilfebereitschaft vorhanden kann, wie bei den sogenannten Fürsorgeämtern und ihren Beamten, die bei nur zum Zweck der Fürsorge Armer da sein sollten.

Auf das Verschmerzbefahren von Dr. Nagel ging nun inzwischen ein ein Antwort ein und zwar wird hierin ausgeführt, daß man sich bei der Beurteilung an den Reifezustand der Kinder richten sollte. Es ist ein Stand, daß man alle Leute, die sich fast 50 Jahre lang von den Großarbeitern ausbeuten lassen mußten und sogar ihre neulichen Glieder verloren, am Ende auf alle alten Tage von ihren paar Reifebrotkrumen an Pension Kinder zu ernähren, mau ist nicht verpflichtet, die Reife zu ernähren, wenn die Reife des Kindes sich über den Namen Körper darüber verbreitet, daß sein helles Flecken mehr an dem Kinde zu finden ist. Jetzt war die Schwester wieder da und hat das Kind mit nach Wittenberg zur Unterstüzung genommen und die Vermutung ausgeprochen, daß das Kind wohl fortgenommen würde. Also, jetzt endlich, nach vielen Schwärzungen und

nachdem das Kind in dem feuchten Wohnort fast verfaul ist, will man etwas tun.

Was über die toden und geschloßen Bemerkungen des Herrn Schröder, der dann noch ein Wort gegen mich sagte, was die Frau für diesen Herrn zulange frant ist, da erlaubt ich dieser Frau, der Tochter zu sagen: „Ja, ich denn Ihre Mutter bald angewöhnen im Bett.“ Die Vertreter der Großarbeitern verweigern, daß auch sie nur Proleten sind und es noch nicht alle Tage Abend ist, denn auch sie können noch mal das Das eines Arbeiters teilen. Dann mögen sie sich ihrer früheren Handlungsweise erinnern. Was die Tochter von S o r b e heiratete, da waren es die Geisler, die sich bald die Haden abgehoben haben, damit sie sich endlich trennen lassen solle, und auch heute noch bemüht man sich in dieser Beziehung einig, natürlich ohne Erfolg. Aber jetzt, da die alten Leuten frant liegen, hat man sich lange nicht um die gekümmert. Bedrücklich jede Woche einmal ein dünnes Stüchchen, wozu sich ein Kind von zwei Jahren kaum fassen kann, ist die christliche Nächstenliebe in höchster Potenz.

Rembergs, nach endlich auf! Nach! Front gegen eure Ursache und geht auch den Gehirnwirbeln der richtige Amtort, indem die Euren Austritt aus der Riede annehmend und Euch der Kommunistischen Partei anschließt.

Wir werden auf den Fall noch zurückkommen.

Die Hochwassergehärdigten im Gebiet der Schwarzen Elster

Berretung im Kreisstag — Die öffentlichen Bauernvereinigungen der SPD.

Es ist notwendig, zu untersuchen, wie im allgemeinen nach der Stabilisierung der Welt die Klein- und Mittelbauernschaft in Deutschland steht. Man kann hier mit ruhigem Gewissen die Frage aufwerfen, ob diese Erwerbs- und Berufsstände durch die hohen Steuern und Abgaben langsam zugrunde gerichtet wird. Das trifft ganz besonders auf die Klein- und Mittelbauern im Gebiet der Schwarzen Elster.

Die Höhe der Lasten der Klein- und Mittelbauern besonders groß. Jedes Jahr zur Erntezeit wird dieses Gebiet überflutet und die Ernte dadurch vernichtet. Durch die alljährliche Überschwemmung wächst die Notlage ins Unermessliche. Bei der letzten Hochwasserkatastrophe im Juli 1927 waren die Wassermengen so groß, daß es zu einem Dammbrech zwischen Dosthaiba und Bärzgan kam.

Der Reichstag hat die Notlage der Hochwassergehärdigten durchzuführen. Die Regierung stellte 200 000 Mark den Hochwassergehärdigten zur Verfügung, daß Staat, Provinz und Kreis ein Drittel mit an den Lasten beizutragen haben. Natürlich sehen wir Kommunisten auf dem Standpunkt, daß diese Hilfe in Anbetracht des unbeschreiblichen Schadens viel zu gering ist und die Notlage dadurch nicht behoben wird.

In der letzten Kreisstagung entspann sich eine lebhaft Debatte bei der Bürgerparteiübernahme des Betrages, der vom Kreis zu tragen ist. Die kommunistische Fraktion verlangte die Gelder (72 000 Mark), die für die Bodenverbesserungsgesellschaft Westphalensberg entfallen, an die Gehädigten zur Auszahlung zu bringen.

Nur die Kommunisten stimmten für diesen Antrag.

Auch wurde nun von uns verlangt, daß nicht die Gemeinden zur Bürgerpartei verpflichtet werden sollen, sondern, daß der Kreis diese allein zu übernehmen hat. Der Kreisbauernmeister, Hg. Rinkert, wollte sich natürlich nicht die Chancen bei den Kohlenbaronen des Landrundes verschätzen. Er erklärte — was sich die gesamte Bauernschaft des Elstergbietes besonders merken muß — sich dafür, daß

an die Bauern keine Entschädigung gezahlt

würde, sondern das Geld dazu verwendet werden sollte, die Ursachen der Ueberflutungen abzustellen. Also mit einem Wort gelangt die Bauern sollen den Schaden, den die Industrie verursacht, indem diese die Elster mit Wasser versetzt werden können, die kommunistische Fraktion ist dafür, daß allein die Kohlenindustriellen den durch ihre Werke angerichteten Schaden zu tragen haben.

Nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments liegt die Kraft der werktätigen Volksmacht. Die SPD. führt den Kampf im Parlament und außerhalb des Parlaments. Nur unter dem Druck der Massen wird etwas erreicht werden können. Die werktätige Bauernschaft muß das begreifen. So wurden von der SPD. öffentliche Versammlungen veranstaltet, die alle sehr auf beachtenswert waren und in denen zu den Fragen Stellung genommen wurde. Eine Kommission wurde nach Wittenberg zum Polizeipräsidenten geschickt, nachdem wurde die Versammlung.

Die Klein- und Mittelbauern werden nun begreifen, wer ihre Interessen betrifft und sie werden dementsprechend zu handeln wissen. Die SPD. die Partei des unterdrückten Industriewerks und Landproletariats, wird mit den Klein- und Mittelbauern den Kampf weiterführen, bis endlich einmal diese angereichte Gesellschaften vernichtet werden. Dieser Kampf behing, vom unterdrückten werktätigen Volk Einmütigkeit und Geschlossenheit. Nur dann wird die augenblickliche frante Bürgerparteiregierung von der Bild-

liche verschwinden, um einer Regierung der Arbeiter und Bauern Platz zu machen.

Kommunistische Anträge für Dammbauten und Flutregulierungen

Bei Beratung des Landwirtschaftsausschusses im Hauptsaal des Reichstages Landtages stellte unter Nr. 87 die kommunistische Fraktion folgende Anträge zum Bau von Dämmen, Durchführung von Flutregulierungen usw.

„Die Naturkatastrophen der Jahre 1926 und 1927 haben der Landwirtschaft Preußens nachteilige Schädigungen gebracht. Im besonderen Maße sind die Zwerg-, Klein- und mittelständlichen Wirtschaften von diesen Schädigungen betroffen worden. Die aus Anlaß der Unwetterkatastrophen von der Staatsregierung für die einzelnen Gebiete getroffenen finanziellen und materiellen Hilfsmöglichkeiten stellen sich als völlig unzulänglich für die Bänderung der Not dar, indem die an sich ungenügenden staatlichen Geldeinwendungen vielfach überhaupt nicht oder nur zu kleinsten Teile in den Besitz der kleinen landwirtschaftlichen Existenzen gelangt sind.“

Den Naturkatastrophen ist seitens der Staatsregierung insofern nicht entgegengetreten worden, als die zahlreichen bestimmten und beschlossenen Projekte für Flutregulierungen, Staubebedanlagen, Deichungen usw. nicht ausgeführt sind. Die Mittel hierzu nicht bereitgestellt worden sind. Bei der künftigen Verwirklichung der Bauwirtschaft durch Unwetterkatastrophen sind auch die im Haushalts 1929 veranschlagten Mittel für solche Ausgaben zur Bänderung von Dämmen und Unwettergeschäden wiederum nicht im entferntesten ausreichend.

Der Landtag wolle daher beschließen:

im Kap. 120 der dauernden Ausgaben — Wasserwirtschaft, Landesverwaltungsämtern usw. —

- a) bei Tit. 51 — Unterhaltung von Deichen, Dämmen, Wehren usw. die Titelsumme von 237 000 RM. zu erhöhen um 10 000 000 RM.
 - b) bei Tit. 58 — Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flutregulierungen usw. die Titelsumme von 6 000 000 RM. zu erhöhen um 7 600 000 RM. mithin zu bemilligen 13 600 000 RM.
 - c) bei Tit. 60 — Unterhaltung preussischer Wehrwerke usw. die Titelsumme von 2 800 000 RM. zu erhöhen um 8 000 000 RM. mithin zu bemilligen 10 800 000 RM.
 - d) bei Tit. 63 — Unterhaltung der Wege, Brücken und Fähren usw. die Titelsumme von 125 000 RM. zu erhöhen um 375 000 RM. mithin zu bemilligen 500 000 RM.
- und Summe Kap. 120 — Wasserwirtschaft usw. — a, b, c, d 31 604 000 RM.
- und Summe Kap. 120 — Wasserwirtschaft usw. 38 741 500 RM.

